

Beschluss (vorläufig) Gerechtigkeit statt Spardiktat: Für ein Land, das funktioniert

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2024
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

Antragstext

1 An vielen Orten in unserem Land sind die offenen Baustellen des Auf-Verschleiß-
2 Fahrens immer noch spürbar. Vom undichten Schuldach bis zu einsturzgefährdeten
3 Brücken, zu wenig Ärzt*innen auf dem Land und nicht ausreichend Kita-Plätzen.
4 Gleichzeitig belasten steigende Mieten und hohe Lebensmittelpreise nicht die
5 Handvoll der reichsten Deutschen, sondern vor allem die Menschen, die ohnehin
6 schon jeden Cent umdrehen müssen. Wenn die Mehrheit der Bürger*innen nicht das
7 Gefühl hat, dass ihr Leben besser wird, gerät der gesellschaftliche Zusammenhalt
8 aus den Fugen. Wo nicht ausreichend investiert, wo jedes fünfte Kind von Armut
9 bedroht oder betroffen ist, wo das Land und seine Menschen kaputtgespart werden,
10 da gedeiht der Rechtspopulismus.

11 **Spardiktat in Krisenzeiten gefährdet Demokratie, Wirtschaft und Umwelt**

12 Mit ihrem Spardiktat in Zeiten klammer Haushalte, magerer Binnennachfrage und
13 Reallohnverlusten gefährden Kanzler Scholz, Finanzminister Lindner und Teile der
14 CDU/CSU nicht nur die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes, Arbeitsplätze und
15 den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern auch Klima- und Umweltschutz. Denn
16 ohne die notwendigen Investitionen in klimaneutrale Infrastruktur und Wirtschaft
17 und eine soziale Abfederung ist die Transformation in Gefahr.

18 Mit dem Deutschlandticket, der Erhöhung von Mindestlohn und Kindergeld, dem
19 Startchancenprogramm, vier Milliarden Euro für bessere Kinderbetreuung, den
20 umfangreichen Förderungen für klimafreundliches Heizen oder die Strom- und
21 Gaspreisbremsen haben wir Grüne in der Bundesregierung in den vergangenen Jahren
22 dagegen gehalten und immer wieder konkrete Lebensverbesserungen für viele
23 Menschen durchgesetzt. Gemessen an dem, was nötig wäre, reicht das aber nicht.

24 Wir brauchen eine politische Agenda für ein Land, das funktioniert und bezahlbar
25 ist. Eine Agenda für gute öffentliche Infrastruktur, bezahlbarem Wohnen und für
26 höhere Löhne.

27 Das Spardiktat führt auch dazu, dass die militärische und zivile Unterstützung
28 der Ukraine gegen ein imperiales Russland, das Freiheit und Demokratie in ganz
29 Europa im Fadenkreuz hat, ausgespielt wird gegen Investitionen in die sozial-
30 ökologische Transformation. Dabei muss klar sein: Freiheit, Demokratie und
31 Wohlstand für alle ist langfristig nur möglich in Frieden, Klimaneutralität und
32 sozialer Gerechtigkeit. Andauernde internationale Herausforderungen und
33 Aggressionen zwingen uns dazu, in Zukunft unsere innere und äußere Sicherheit
34 weiter zu stärken. Das verlangt große staatliche Investitionen.

35 **Nicht nach unten treten, sondern gesellschaftliche Lasten fair verteilen**

36 Doch statt über eine gerechte Finanzierung der gesellschaftlichen und
37 wirtschaftlichen Zukunft zu sprechen, folgt täglich ein neuer Angriff auf

38 diejenigen, die sowieso schon zu wenig haben. Verlustängste und Unsicherheit,
39 ausgelöst durch Jahre wirtschaftlicher und politischer Krisen von Corona bis
40 Ukraine, schaffen hier einen gefährlichen Nährboden für das perfide politische
41 Spiel des gegeneinander Auspielens ohnehin marginalisierter Gruppen und des
42 Schürens von Ressentiments gegen Bürgergeldbeziehende oder Geflüchtete. Das
43 machen wir GRÜNEN nicht mit. Dies soll nur von den wirklichen Ungerechtigkeiten
44 ablenken, etwa wenn Multi-Millionäre anteilig weniger Steuern zahlen als
45 Facharbeiter*innen und wenn die reichsten 1% in Deutschland insgesamt mehr
46 Vermögen haben als 90% der restlichen Menschen zusammen. In fast keinem anderen
47 Land der EU ist die Vermögenskonzentration so stark wie in Deutschland. Das
48 heißt unter anderem: Reichtum wird nahezu vollständig vererbt und beruht nur
49 noch selten auf Leistung. Dennoch werden Reiche gesellschaftlich bevorzugt.
50 Nicht nur im Bildungsbereich, sondern auch in der Berufswelt und beim Einfluss
51 auf gesellschaftliche Entscheidungen. Gleichzeitig ist ein Aufstieg mit
52 Vermögensaufbau durch eigene Arbeit derzeit nahezu unmöglich

53 Deswegen nehmen wir GRÜNE die Superreichen in die Verantwortung und rücken die
54 Alltagsorgen der Menschen in den Mittelpunkt.

55
56 Unsere Vorschläge:

57 • **Schuldenbremse reformieren und Gerechtigkeitslücken im Steuersystem**
58 **schließen**

59 Um das Gemeinwohl zu stärken, bedarf es ausreichender finanzieller Mittel. Diese
60 sind notwendig, um in Bildung, Infrastruktur und soziale Dienstleistungen zu
61 investieren und so den Wohlstand für alle zu sichern. Ein entscheidender Schritt
62 ist die Reform der Schuldenbremse. Angesichts des Investitionsstaus der letzten
63 Jahre müssen wir jetzt handeln und kluge Investitionsentscheidungen treffen,
64 damit wir den nachfolgenden Generationen ein modernes, funktionierendes und
65 klimaneutrales Land ermöglichen. Wir schlagen für diese investiven Ausgaben eine
66 Reform der Schuldenbremse und einen Deutschland-Investitionsfonds vor.

67
68 Wir müssen jedoch ebenfalls dafür sorgen, dass Menschen da sind, die sich um
69 unser Zusammenleben kümmern. Lehrerinnen und Erzieher, Busfahrerinnen und
70 Bademeister, Polizistinnen und Sozialarbeiter. Sie alle werden gebraucht und sie
71 alle haben gute Löhne und Arbeitsbedingungen verdient. Um diese laufenden
72 Ausgaben zu finanzieren, wollen wir Gerechtigkeitslücken in unserem Steuersystem
73 schließen.

74 • **Investitionen statt Investitionsbremse**

75 Das aktuelle Regelwerk der Schuldenbremse ist eine Zukunftsbremse für
76 Deutschland. Die Schuldenbremse muss reformiert werden, mit dem Ziel, die
77 Aufnahme von staatlichen Krediten in dem Umfang, wie vom Staat Investitionen
78 getätigt werden, zu ermöglichen. Die Konjunkturkomponente muss für den nötigen
79 Spielraum ausgeweitet werden, um damit dem Staat zu ermöglichen, in
80 wirtschaftlich schwierigen Zeiten handlungsfähiger zu sein.

81 Auf kommunaler Ebene geht der Städte- und Gemeindebund von einem
82 Investitionsstau von 186 Mrd. Euro aus. Bundesweit wird er vom IW auf 600 Mrd.
83 Euro beziffert. Wir machen deshalb einen neuen Vorschlag: den „Deutschland-
84 Investitionsfonds für Bund, Länder und Kommunen“. Europäisch setzen wir uns für

85 ein starkes Investitionsprogramm für öffentliche Infrastruktur und
86 Wettbewerbsfähigkeit ein. Investitionen in Klima- und Umweltschutz,
87 Krankenhäuser, bezahlbares Wohnen, Schulen, Kitas und unser Schienennetz haben
88 für uns die höchste Priorität.

89 • **Klimageld einführen**

90 Wir fordern ein Klimageld wie im V-Antrag "Klimageld einführen" beschrieben und
91 am 16.11.2024 auf der BDK in Wiesbaden beschlossen.

92 • **Einführung einer armutsfesten Kindergrundsicherung**

93 Jedes fünfte Kind in Deutschland gilt als arm oder armutsgefährdet. In Armut
94 aufzuwachsen bedeutet häufig die bittere Erfahrung von Ausgrenzung sowie eine
95 Benachteiligung bei Wohnen, Gesundheit und Bildung. Kinderarmut in einem so
96 wohlhabenden Land wollen wir nicht länger hinnehmen. Wir brauchen eine
97 armutsfeste Kindergrundsicherung, die die verschiedenen Leistungen
98 zusammenführt, um einen einkommensabhängigen Zusatzbetrag ergänzt und
99 Anspruchsberechtigte unaufgefordert über die Leistung informiert. Die
100 Beantragung soll unbürokratisch über ein digitales Portal möglich sein.

101 • **Gute Löhne und starke Mitbestimmung**

102 Wer arbeitet, muss davon leben und fürs Alter vorsorgen können. Gute Löhne sind
103 die Grundlage für eine erfolgreiche Wirtschaft und ein funktionierendes
104 Sozialsystem.

105 Mit der Änderung des Mindestlohngesetzes und der nachhaltigen Stärkung der
106 Tarifbindung werden wir die Lebenssituation von Millionen Menschen verbessern.
107 Deshalb setzen wir uns für eine höhere Tarifbindung, ein starkes
108 Tariftreuegesetz, eine nachhaltige Erleichterung der
109 Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen, die Kopplung von
110 Fördermitteln an die Tarifbindung der Unternehmen und einen schrittweise
111 steigenden Mindestlohn von zunächst 15 Euro in 2025 ein und das auch für unter
112 18-Jährige. Hierfür verankern wir den Referenzwert von 60% des Medianlohns aus
113 der EU Mindestlohnrichtlinie in das deutsche Mindestlohngesetz. Mit der Änderung
114 des Mindestlohngesetzes und der nachhaltigen Stärkung der Tarifbindung werden
115 wir die Lebenssituation von Millionen Menschen verbessern.

116 Für Auszubildende fordern wir eine bessere Mindestausbildungsvergütung, die ein
117 eigenständiges Leben ermöglicht. Mit einer solidarischen Ausbildungsumlage,
118 sorgen wir dabei für einen finanziellen Ausgleich, um die
119 Ausbildungsbereitschaft kleiner und mittlerer Betriebe zu fördern.

120 • **Bezahlbares Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit**

121 Deswegen brauchen wir verschiedene Maßnahmen, um bezahlbares Wohnen für alle
122 Menschen zu ermöglichen: Wir brauchen endlich starke Instrumente für
123 Mieter*innenschutz.

124 Wir fordern eine Verschärfung der Mietpreisbremse durch die Abschaffung von
125 Ausnahmen und eine Senkung der Kappungsgrenze für Mieterhöhungen. Indexmieten
126 sollen durch Obergrenzen reguliert werden und Sanierungen müssen
127 warmmietenneutral umgelegt werden. Die Vermietung möblierter Wohnungen muss

128 streng reguliert und die Zweckentfremdung von Wohnraum geahndet werden. Wir
129 wollen einen deutlich stärkeren Schutz bei Eigenbedarfskündigungen und bei
130 Kündigungen wegen Mietschulden, sowie eine Entfristung der Umwandlungsbremse.
131 Wir wollen "Housing First" Programme gegen Obdachlosigkeit unterstützen und
132 Gemeinwohlorientiertes- und Ressourcensparendes Bauen fördern.

133 Wir wissen, dass Mieter*innen ihre Rechte häufig nicht kennen oder sich nicht
134 trauen, sie rechtlich durchzusetzen. Dagegen hilft das strengste Mietrecht
135 nicht. Deswegen wollen wir einerseits Mieter*innen besser über ihre Rechte
136 aufklären und gleichzeitig die Kommunen befähigen, bei der Rechtsdurchsetzung zu
137 unterstützen. Kommunen sollen angespannte Wohnungsmärkte eigenständig
nachweisen
138 können. Vorkaufsrechte und Baugebote der Kommunen wollen wir stärken.
139 Mietspiegel sollen durch die Verlängerung des Betrachtungszeitraums besser
140 qualifiziert werden.

141 Mit einer echten Neuen Wohngemeinnützigkeit nach dem Wiener Modell sichern und
142 schaffen wir dauerhaft sozialen und bezahlbaren Wohnraum durch Investitionen und
143 Steuererleichterungen. Unser Ziel ist es, gemeinwohlorientierte
144 Wohnungsunternehmen wie Baugenossenschaften stärker zu unterstützen.

145 Wir fordern, einen Mietenstopp in angespannten Wohnungsmärkten zu ermöglichen.
146 Mietwucher muss durch die Stärkung des § 5 Wirtschaftsstrafgesetzbuch bekämpft
147 werden, um den Nachweis für Mietende zu erleichtern. Zudem fordern wir ein
148 höheres Förderprogramm zur Aktivierung des Gebäudebestands durch Sanierung,
149 Aufteilung, Aufstockung und Dachgeschossausbau, um leistbaren Wohnraum zu
150 schaffen. Darüber hinaus setzen wir uns für Investitionen in Höhe von mindestens
151 50 Mrd. für sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau und eine deutliche
152 Verlängerung von Sozialbindungen ein.

153 Wir wollen Spekulationen mit dem Zuhause von Mieter*innen verhindern. Wir
154 akzeptieren nicht, dass Wohnkonzerne und Immobiliengesellschaften Rendite
155 ausschütten, während Wohnungen verfallen, in denen Menschen leben. Diesen
156 Geschäftsmodellen wollen wir einen Riegel vorschieben. Darum wollen wir diese
157 Akteur*innen darauf verpflichten, ihrer Verantwortung nachzukommen und die
158 Ausschüttung von Renditen begrenzen, wenn sie dieser Verantwortung nicht gerecht
159 werden.

160 Eine wesentliche Ursache für die Mietpreissteigerungen der vergangenen Jahre
161 sind auch die geringen Leerstandsquoten, denn unsere Städte wachsen und sind für
162 alle Altersgruppen attraktiv. Deshalb wollen wir dafür Sorge tragen, dass
163 insgesamt auch mehr Wohnraum entsteht und mehr Angebot geschaffen wird.

164 Bodenwertsteigerungen, die leistungslos durch Verbesserungen der öffentlichen
165 Qualitäten, durch Überplanung oder einfach über die Zeit steigen, sind ein
166 wichtiger Faktor für Mietenanstiege. Wir wollen perspektivisch Ansätze
167 weiterentwickeln, die diese Steigerungen bremsen könnten.

168 Steuerfreiheit von Gewinnen aus Immobilienverkäufen beenden

169 Aktuell sind Gewinne aus Immobilienverkäufen nach einer "Spekulationsfrist" von
170 zehn Jahren steuerfrei. Diese Regelung wird oft von Investoren genutzt, um auf
171 steigende Immobilienpreise zu spekulieren und anschließend steuerfreie Gewinne
172 zu erzielen. Dies führt zu erheblichen Steuermindereinnahmen in Höhe von

173 schätzungsweise 6 Milliarden Euro im Jahr. Wir fordern deshalb die Abschaffung
174 dieser Spekulationsfrist für nicht zu eigenen Wohnzwecken genutzte Immobilien.

175 Gewerbesteuerfreiheit von vermögensverwaltenden Kapitalgesellschaften im
176 Immobilienbereich beenden

177 Derzeit sind Immobiliengesellschaften, die ausschließlich vermögensverwaltend
178 tätig sind, von der Gewerbesteuer auf Mieteinnahmen befreit. Sie müssen also nur
179 Körperschaftsteuer von 15% auf ihre Gewinne zahlen, während alle anderen
180 Gesellschaften mit anderen Einkunftsquellen durchschnittlich etwa 29% Steuern
181 (Körperschafts- und Gewerbesteuer) zahlen. Diese Steuervergünstigung führt zu
182 Ungerechtigkeiten zwischen Wirtschaftszweigen, lockt stark renditegetriebene
183 Investitionen in den Immobiliensektor und mindert die Einnahmen der Kommunen,
184 die die Gewerbesteuer als einzige eigene Einnahmequelle haben. Wir setzen uns
185 für die Abschaffung dieser Gewerbesteuerbefreiung bei Immobiliengesellschaften
186 ein. Dadurch entgehen den Kommunen schätzungsweise 1,5 Milliarden Euro jährlich.

187 „Share Deals“ bei Immobilienkäufen verhindern

188 Durch sogenannte „Share Deals“ können große Immobilienunternehmen die
189 Grunderwerbsteuer umgehen, indem sie nicht die Immobilie selbst kaufen, sondern
190 Anteile an Immobiliengesellschaften übertragen. "Share Deals" machten in den
191 vergangenen Jahren in Ballungszentren sogar bis zu 30 Prozent der
192 Immobilientransaktionen aus. Wohl rund 1 Mrd. Euro kosten diese legalen
193 Umgehungen den Staat jährlich. Die Praxis der „Share Deals“ fördert zudem
194 Preisspekulation auf dem Immobilienmarkt und begünstigt Großinvestoren gegenüber
195 Einzelkäufern. Eine Lösung wäre eine Reform nach niederländischem Vorbild. So
196 würde die Grunderwerbsteuer ab einer Übernahme von wenigen Prozent einer
197 Immobiliengesellschaft anteilig anfallen.

198 • **Bund-Länder-Pakt „Mentale Gesundheit“**

199 Wir schlagen einen Bund-Länder-Pakt für mentale Gesundheit vor. Alle Menschen,
200 insbesondere Kinder und Jugendliche, sollen im Bedarfsfall niedrigschwellige
201 Zugänge zu passgenauen psychosozialen und therapeutischen Angeboten haben.
202 Therapieplätze, Beratungsstrukturen und die Ausbildung von Fachpersonal müssen
203 finanziell gestärkt und stark ausgebaut werden.

204 • **Priorisiertes Vorgehen bei vermögensbezogener Besteuerung**

205 Insbesondere bei der Konzentration von sehr hohen Vermögen gibt es auch im
206 internationalen Vergleich große Handlungsnotwendigkeit in Deutschland. Wir Grüne
207 haben gute Konzepte für eine zielgerichtete Vermögensbesteuerung, die die
208 Vermögensungleichheit effektiv reduzieren, und die umsetzbar und gerecht sind.
209 Zu möglichen Ansätzen gehören: Eine globale Milliardärsteuer, wie sie Brasilien
210 im Rahmen der G20 vorgeschlagen hat. Eine fairere Erbschaftsteuer ohne Ausnahmen
211 für sehr große Vermögen. Eine gerechte Immobilienbesteuerung ohne Schlupflöcher
212 wie „Share Deals“ oder andere Steuerausnahmen für Immobilienkonzerne. Eine
213 nationale Vermögensteuer auf sehr hohe Vermögen oberhalb eines Freibetrags von
214 mehreren Millionen Euro. Bei der Besteuerung von Vermögen haben wir
215 grundsätzlich neben den Zielen Gerechtigkeit und Gemeinwohlfinanzierung auch
216 immer den Erhalt von Investitionsmöglichkeiten und Arbeitsplätzen bei den
217 Betriebsvermögen im Blick.

218 Wir Grüne möchten endlich etwas erreichen beim Angehen großer
219 Gerechtigkeitslücken bei der Besteuerung. Zu lange ist trotz breiter Forderungen
220 nichts passiert. Unsere Prioritäten sind: Der aktive Einsatz für die Einführung
221 der globalen Milliardärsteuer. Das effektive Angehen der Ausnahmen bei der
222 Erbschaftsteuer für sehr große Erbschaften. Das Schließen weiterer offenkundiger
223 Gerechtigkeitslücken im Steuersystem vor allem bei der Immobilienbesteuerung und
224 beim Auseinanderklaffen der Besteuerung von Arbeits- und Kapitaleinkünften.

225 • **Deutschland soll sich aktiv für die Einführung der globalen**
226 **Milliardärsteuer einsetzen**

227 Viele Hochvermögende nutzen internationale Schlupflöcher, um ihre Steuerlast zu
228 minimieren. Eine Mindestabgabe auf das Vermögen der reichsten Menschen der Welt
229 würde dazu beitragen, die Finanzierung globaler Herausforderungen wie
230 Klimaschutz und Armutsbekämpfung zu verbessern, kleine und mittlere Einkommen zu
231 entlasten und die Steuergerechtigkeit zu erhöhen. Brasilien, das bis Dezember
232 2024 die G20-Präsidentschaft hält, hat kürzlich einen Vorschlag zu einer
233 globalen Steuer für Milliardäre bei den G20 eingebracht, um sicherzustellen,
234 dass Hochvermögende einen fairen Anteil zur Lösung globaler Probleme beitragen.
235 Wir Grüne unterstützen dieses Vorhaben und machen uns dafür stark, dass
236 Deutschland eine aktive Rolle für die Einführung einer globalen Milliardärsteuer
237 einnimmt. Dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) zufolge gibt es
238 in Deutschland 255 Haushalte mit einem Nettovermögen von mehr als einer
239 Milliarde US-Dollar. Mögliche Einnahmen schätzt das DIW für Deutschland auf 5,7
240 Mrd. Euro.

241 • **Für mehr Gerechtigkeit und Effizienz: Erbschaftsteuer reformieren**

242 Wir fordern eine Erbschaftsteuer wie im V-Antrag "Für mehr Gerechtigkeit und
243 Effizienz: Erbschaftsteuer reformieren" beschrieben und am 16.11.2024 auf der
244 BDK in Wiesbaden beschlossen.

245 Dazu gehört auch, dass wer heute Anteile an einem Wohnungsunternehmen mit einem
246 Immobilienbestand von mindestens 300 Wohneinheiten erbt, keine Erbschaftsteuer
247 zahlen muss. Wer hingegen zwei oder drei Immobilien erbt und die Freibeträge
248 überschreitet, zahlt auf den restlichen Wert Erbschaft- oder Schenkungsteuer.
249 Diese Ausnahme für Erbschaften mit 300 oder mehr Wohneinheiten ist seltsam
250 ungerecht und sollte abgeschafft werden.

251 • **Gezielte Entlastungen für Haushalte mit Kindern**

252 Das Ehegattensplitting fördert traditionelle Geschlechterrollen und Altersarmut
253 bei Frauen. Es ist weder gerecht noch zeitgemäß und benachteiligt andere
254 Familienformen gegenüber verheirateten Paaren. Wir wollen gezielte Entlastung
255 von Familien mit Kindern, vor allem von Alleinerziehenden und ihren Kindern.
256 Hierbei müssen insbesondere Geringverdienende entlastet werden, u.a. durch eine
257 Steuergutschrift für Alleinerziehende.

258 • **Gewinne aus Kapitalvermögen wie Löhne besteuern**

259 Derzeit werden Einkünfte aus Kapitalvermögen, im Gegensatz zu allen anderen
260 Einkunftsarten, pauschal mit einem Steuersatz von 25 Prozent besteuert. Dies
261 führt zu einer Benachteiligung von Arbeitnehmer*innen und begünstigt

262 insbesondere Menschen mit hohem Vermögen. Wir fordern daher eine Änderung der
263 Besteuerung von Kapitaleinkünften, um eine gerechtere Verteilung der Steuerlast
264 zwischen Löhnen und Gehältern auf der einen Seite und Kapitalerträgen auf der
265 anderen Seite zu erreichen. Dies erreichen wir durch eine Reform der
266 Kapitalertragssteuer und eine Überführung von Kapitalerträgen in den allgemeinen
267 Einkommenssteuertarif. Den Sparerpauschbetrag wollen wir zur Vereinfachung und
268 zur Reduzierung des bürokratischen Aufwands beibehalten. Damit wäre
269 sichergestellt, dass auch Kapitaleinkommen einen angemessenen Beitrag zur
270 Finanzierung des Gemeinwesens leisten.

271 • **Effektive Bekämpfung von Steuerhinterziehung, sowie die Verhinderung**
272 **von**
273 **Steuerumgehung**

273 Derzeit kämpfen die Strafverfolgungsbehörden im Bereich der Steuerkriminalität
274 noch als David gegen Goliath. Deshalb verliert Deutschland schätzungsweise 100
275 Milliarden Euro pro Jahr. Damit die Strafverfolgungsbehörden endlich effektiv
276 Steuerkriminalität entdecken und verfolgen können, müssen sie dringend besser
277 ausgestattet werden, finanziell und administrativ. Um Vollzugsdefizite bei der
278 Bekämpfung von Steuerkriminalität zu beheben, müssen Kompetenzen bei einer
279 bundesweiten Ermittlungsbehörde gebündelt werden. Das Bundesamt zur Bekämpfung
280 von Finanzkriminalität sollte deshalb auch für Steuerkriminalität in diesen
281 Fällen zuständig sein. Die Milliarden Gewinne wie aus dem CumCum-Betrug holen
282 wir konsequent von den Banken zurück, Umsatzsteuerbetrug durch manipulierte
283 Kassen und grenzüberschreitende Karusselgeschäften lassen wir nicht mehr zu. Bei
284 der Bestrafung von Steuerkriminalität lassen wir die Großen nicht laufen. Dass
285 Strafen für Steuerbetrug häufig ausbleiben oder geringer sind als beim Fahren
286 ohne Fahrschein, ist ein unhaltbarer Zustand.

287 Daneben gibt es in Deutschland viele legale Modelle, um die Besteuerung zu
288 umgehen. Diese stehen zumeist nur privilegierten Gruppen offen und sind daher
289 ungerecht. Wir wollen derartige Umgehungsmodelle durch gezielte
290 Gesetzesänderungen verhindern.

291 • **Alle Kommunen handlungsfähig machen zur Abwendung der**
292 **kommunalen Finanznot**

292 Statt sich auf gleichwertige Lebensverhältnisse hin zu bewegen, drohen die
293 Kommunen in Deutschland weiter auseinanderzudriften und die Spaltung der
294 kommunalen Familie schreitet voran. Konkret bedeutet das: Jede zweite Kommune
295 sieht sich finanziell nicht in der Lage den Klimaschutz und wichtige soziale
296 Veränderungen anzugehen. 15% der Kommunen können langfristig keinen
297 ausgeglichenen Haushalt aufstellen, viele von ihnen sind in der sogenannten
298 Haushaltssicherung und können eigenständig überhaupt keine Investitionen
299 tätigen. Allein die Investitionsrückstände, um die kommunale Infrastruktur auf
300 aktuellem Niveau zu halten, belaufen sich auf mittlerweile 186,1 Milliarden weil
301 Deutschland schon jahrelang hier so wenig investiert hat wie sonst fast kein EU-
302 Land.

303 Damit in Zukunft alle Kommunen wieder allen Menschen ein gutes Leben ermöglichen
304 und eine lohnende Zukunftsperspektive zeichnen können, muss sich an der
305 finanziellen Situation der Kommunen etwas grundlegend ändern.

306 Wie auch schon in vorherigen Parteiprogrammen benannt, müssen Sozialaufgaben und
307 weitere an die Kommunen übertragene Aufgaben vollständig und im Sinne des
308 Konnexitätsprinzips von den Ländern und dem Bund übernommen werden. Wer
309 bestellt, der bezahlt. Aktuell nötigen die Schuldenbremse und die nicht
310 ausgeglichenen Zahlungen im Rahmen des Konnexitätsprinzips auf Bundes- und
311 Landesebene die Kommunen dazu, Schulden aufzunehmen. Hier müssen sich die Länder
312 und der Bund stärker als bisher engagieren. Die aktuell über Förderprogramme
313 ausgeschütteten Gelder müssen zukünftig vermehrt den Kommunen direkt zur
314 Verfügung gestellt werden. Das spart Bürokratie, vereinfacht eine zielgerechte
315 Verwendung der Gelder und stellt eine langfristige Lösung dar. Insbesondere soll
316 dies durch eine Stärkung der ungebundenen kommunalen Mittel erreicht werden.
317 Dazu sollte der Anteil der Kommunen an den Steuereinnahmen erhöht werden und die
318 Verteilung sich an dem echten Bedarf vor Ort orientieren. Die verbleibenden
319 Förderprogramme werden an den tatsächlichen Bedürfnissen und der tatsächlichen
320 finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunen ausgerichtet. Damit die sozial-
321 ökologische Transformation überall weitergehen kann, müssen hochverschuldete
322 Kommunen in die Lage versetzt werden, ihre Kredite zu finanzieren. Dazu schlagen
323 wir einen Altschuldenfonds vor.

324 Um eine bessere Analyse und eine Vergleichbarkeit der Vermögenssituation
325 herzustellen, wollen wir die Haushalte von Kommunen, Ländern und dem Bund
326 künftig nach den Grundsätzen der doppelten Haushaltsführung transparenter und
327 generationengerechter gestalten.

328 • **Sozialverträglicher Abbau von klima- und umweltschädlichen Subventionen**

329 Deutschland hat sich bereits 2009 im Rahmen der G20-Staaten auf internationaler
330 Ebene verpflichtet, bis 2025 alle für die Senkung der Treibhausgasemissionen
331 ineffizienten Subventionen auf fossile Energieträger abzubauen. Im Rahmen der
332 G7-Staaten hat sich Deutschland verpflichtet die Abschaffung bis 2025
333 umzusetzen. Außerdem hat sich Deutschland auch im Rahmen des Montrealer
334 Artenschutzabkommen verpflichtet bis 2030 umweltschädliche Subventionen
335 abzubauen. Klimaschädliche Subventionen und weitere staatliche Begünstigungen in
336 den Sektoren Energie, Verkehr, Industrie und Landwirtschaft entsprachen mit
337 Blick auf die Haushaltsmittel im Jahr 2020 insgesamt einem Volumen von rund 35,8
338 Mrd. Euro. Der größte Anteil der staatlichen Begünstigungen mit klimaschädlicher
339 Wirkung entstand 2020 mit 24,8 Mrd. Euro im Verkehr. Eine besonders große
340 Treibhausgaswirkung geht von den Besteuerungstatbeständen aus. In vielen Fällen
341 profitieren in erster Linie hohe Einkommen von staatlicher Unterstützung durch
342 klima- und umweltschädliche Subventionen und weiteren staatlichen
343 Begünstigungen. Der zügige Abbau dieser Maßnahmen hilft nicht nur Umwelt und
344 Klima, sondern trägt auch zu mehr sozialer Gerechtigkeit bei. Deutschland muss
345 zu seinen internationalen Zusagen stehen.

346 Wir fordern daher, klima- und umweltschädliche Subventionen und weitere
347 staatliche Begünstigungen, die Umwelt und Klima schädigen können, konsequent
348 abzubauen. Nötig ist dabei ein Konzept, wie klima- und umweltschädliche
349 Subventionen und weitere Begünstigungen konkret und umfassend abgebaut werden
350 und das allen, sowohl Menschen als auch Unternehmen, Verlässlichkeit durch einen
351 klaren Rahmen bietet. Der Abbau klima- und umweltschädlicher Subventionen und
352 weiterer staatlicher Begünstigungen muss sozialverträglich geschehen. Deshalb
353 setzen wir uns dafür ein, in 2025 einen Plan für den Ausstieg aus klima- und

354 umweltschädlichen Subventionen, seine Umsetzung bis spätestens 2030 und den
355 Einstieg in ein besseres System sozial-ökologischer Unterstützungen vorzulegen.
356 Für uns ist es unabdingbar, dass bei dieser Umsetzung unserer internationalen
357 Verpflichtungen der soziale Zusammenhalt immer mitgedacht wird. Dazu gehören für
358 uns großzügige Entlastungen, die für kleine und mittlere Einkommen mögliche
359 Zusatzbelastungen im Vergleich zum Status-Quo ausgleichen.

Beschluss (vorläufig) Klimageld einführen

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2024
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

Antragstext

- 1 Die CO₂-Bepreisung wird auch mittelfristig eine wichtige Rolle spielen, um den
2 Ausstieg aus der Nutzung von Kohle, Öl und Gas anzutreiben. Je besser wir bei
3 der Verringerung der CO₂-Emissionen vorankommen, desto niedriger wird auch der
4 CO₂-Preis ausfallen.
- 5 Die Abschwächung von Klimaschutzmaßnahmen ist keine Antwort auf steigende CO₂-
6 Preise. Wir bekennen uns zum Instrument der CO₂-Bepreisung. Wir sorgen so dafür,
7 dass das Verursacherprinzip weiterhin eingehalten wird: Diejenigen, die das
8 Klima schädigen, tragen dafür die Kosten. Das Klimageld verbessert jedoch die
9 Verteilungswirkung und führt dazu, dass Spitzenverdiener einen größeren Teil der
10 Transformationskosten tragen.
- 11 Damit die CO₂-Bepreisung von der Bevölkerung angenommen wird, muss sie klar als
12 klimapolitisches Instrument aufgebaut sein. Sie darf nicht nur als weitere
13 Belastung wahrgenommen werden. Von einem steigenden CO₂-Preis sollte nicht in
14 erster Linie der Staatshaushalt profitieren. Transparenz ist zentral.
- 15 Die direkte Auszahlung eines Großteils der Einnahmen der CO₂-Bepreisung von
16 Gebäudewärme und Transport (nEHS bzw. ETS₂) als antragsloses Klimageld im
17 dreistelligen Bereich an Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen schafft
18 Vertrauen und sozialen Ausgleich. Dabei soll das Klimageld gleichmäßig mit den
19 Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung steigen. Das Klimageld sollen Menschen mit
20 niedrigem Einkommen in voller Höhe erhalten, während Menschen mit hohen
21 Einkommen nicht vom Klimageld profitieren. Dies erreichen wir durch eine soziale
22 Staffelung, etwa durch eine spezifische Besteuerung oder eine Kappung ab einer
23 bestimmten Einkommenshöhe. Für Menschen mit niedrigen Einkommen werden
24 die CO₂-Kosten durch das Klimageld in den meisten Fällen mehr als ausgeglichen.
- 25 Wir wollen möglichst bald ein Umsetzungskonzept vorlegen mit konkreten Schritten
26 unter anderem zu Auszahlungsmechanismus und digitalem Serviceportal. Darüber
27 hinaus wollen wir, dass die Auszahlung des Klimagelds möglichst bald startet.
28 Bisher hat jedoch die FDP im Bundesfinanzministerium die Einführung eines
29 Auszahlungsmechanismus verschleppt.
- 30
- 31 Wir wollen neben dem Klimageld gezielt im Sinne einer umfassenden
32 Klimasozialpolitik Menschen unterstützen, die den Umstieg auf klimafreundliche
33 Technologien allein nicht schultern können. Wohlhabende können leichter auf
34 steigende Preise von fossilen Kraftstoffen in Wärme und Verkehr reagieren, zum
35 Beispiel indem sie auf Wärmepumpen und E-Autos umsteigen. Daher ist es richtig
36 und wichtig, Privathaushalte mit niedrigen Einkommen stärker zu fördern. Ein
37 Beispiel kann ein soziales Leasingmodell von E-Autos sein, wie es Frankreich
38 vorgemacht hat.
- 39
- 40 Im ländlichen Raum ergeben sich darüber hinaus besondere Herausforderungen bei

41 der Umstellung auf klimafreundliches Heizen und Mobilität, da dort die
42 öffentliche Infrastruktur (ÖPNV und Wärmenetze) oft weniger gut ausgebaut ist.
43 Daher sind hier nach wie vor viele Menschen auf das Auto angewiesen und müssen
44 selbst in moderne Heizungen investieren. Aus diesem Grund werden wir im
45 Bundestagswahlprogramm Vorschläge machen, wie unsere Klimasozialpolitik die
46 besonderen Bedürfnisse ländlicher Räume berücksichtigt.

Beschluss (vorläufig) Verkehrswende? Das geht nur mit Bündnis 90/Die Grünen!

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2024
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

Antragstext

- 1 Verkehrspolitik muss nachhaltige Mobilität ermöglichen und zugleich einen
2 Beitrag zum Klimaschutz leisten. Während in den Sektoren wie Energie und
3 Industrie seit 1990 die CO2 Emissionen deutlich reduziert werden konnten,
4 stagnieren die Treibhausgasemissionen im Verkehr auf hohem Niveau.
- 5 Für den Klimaschutz und zur Entwicklung einer nachhaltigen Mobilität braucht es
6 eine Verkehrswende, die sowohl eine Antriebswende als auch eine Mobilitätswende
7 bedeutet. Daran arbeiten wir Grünen auf allen politischen Ebenen mit großem
8 Nachdruck. In den vergangenen drei Jahren haben wir in der Bundesregierung und
9 im Bundestag trotz vielfacher Widerstände, insbesondere der FDP aber auch
10 einiges erreicht:
- 11 • Mehr als 13 Millionen Menschen besitzen bundesweit das Deutschlandticket.
12 Die ÖPNV Nutzung ist damit so einfach und günstig wie nie zuvor. Seit dem
13 Sommersemester 2024 erhalten mehrere Millionen Studierende in Deutschland
14 dieses Ticket sogar als ein um 40% vergünstigtes deutschlandweit gültiges
15 Semesterticket. Das Ticket spart überdies Mio. Tonnen CO2 ein. Wir haben
16 die Regionalisierungsmittel bis 2030 um ganze 17 Milliarden Euro erhöht im
17 Vergleich zur großen Koalition. Die jährliche Dynamisierungsrate wurde von
18 uns auf drei Prozent angehoben.
 - 19 • Erstmals in der Geschichte unseres Landes wird deutlich mehr in die
20 Schiene als in die Straße investiert. Die LKW-Maut haben wir auf das
21 europäisch zulässige Höchstmaß von 200 Euro/je Tonne CO2 angehoben. Die
22 Einnahmen daraus werden zum ersten Mal auch und überwiegend in die Schiene
23 gesteckt, womit wir den Kreislauf "Straße finanziert Straße" durchbrochen
24 haben.
 - 25 • Wir haben die Planung und Genehmigung von Schienenstrecken beschleunigt.
26 Momentan läuft die größte Sanierungsaktion aller Zeiten an - zentraler
27 Teil davon sind die Korridorsanierungen. Mit der Gründung der "DB InfraGO"
28 haben wir bislang aneinander vorbei arbeitende Infrastrukturunternehmen
29 zusammengeführt, Schnittstellen und Vorstandsposten verringert. Dies war
30 die erste Strukturreform bei der Deutschen Bahn seit 30 Jahren.
 - 31 • Die Bundesregierung hat bewirkt, dass ab dem Jahr 2035 nur noch nicht
32 fossil betriebene Autos zugelassen werden. Der Übergang hin zu
33 klimaneutralen Antriebstechnologien ist ein elementarer Bestandteil des
34 Green Deal, dem in Europa trotz Widerstands von Teilen der FDP und der CDU
35 durch die Bundesregierung zugestimmt wurde. Den Ausbau der
36 Ladeinfrastruktur haben wir auch in das überragende öffentliche Interesse
37 gestellt und beschleunigt - für PKW und LKW. Das bidirektionale Laden

38 steht vor dem gesetzlichen Durchbruch. Wir Grüne unterstützen den Hochlauf
39 der Elektromobilität und damit Wettbewerbsstärke und Arbeitsplätze in der
40 deutschen Mobilitätswirtschaft.

41 • Mit dem neuen Straßenverkehrsgesetz, das endlich auch Klima-, Umwelt- und
42 Gesundheitsschutz sowie städtebauliche Entwicklung als Ziele der
43 Verkehrsplanung definiert, und der neuen Straßenverkehrsordnung geben wir
44 den Kommunen deutlich mehr Freiheit, vor Ort über neue Radwege, Busspuren
45 und Tempo 30-Abschnitte zu entscheiden. Das ermöglicht mehr Klimaschutz
46 vor Ort, erhöht die Verkehrssicherheit und hilft der Verkehrswende enorm.
47 Die Bundesmittel für die kommunale Radverkehrsinfrastruktur haben wir
48 verstetigt.

49 • Den Luftverkehr haben wir nicht aus der Verantwortung entlassen: Die
50 Dekarbonisierung des Luftverkehrs stellt eine besondere Herausforderung
51 dar. Wir haben die Luftverkehrsteuer um den Betrag angehoben, den eine
52 Kerosinsteuer auf innerdeutsche Flüge erbringen würde. Im Bundeshaushalt
53 haben wir Mittel für die Entwicklung von E-Kerosin gesichert, Geld für die
54 Erprobung von leiseren Flugverfahren erhalten, sowie zusätzliche Mittel
55 für den Deutschen Wetterdienst, die dazu beitragen werden, die sekundären
56 Klimaeffekte des Fliegens zu mindern.

57 All das wäre ohne GRÜNE in der Regierung nicht gelungen. Wir haben in vielen
58 Auseinandersetzungen auch in der Koalition eine ökologischere und gerechtere
59 Verkehrspolitik durchsetzen können.

60 Dennoch ist klar: Das reicht nicht aus. Der Verkehrssektor hat seine Klimaziele
61 deutlich verfehlt. Nach aktueller Projektion verfehlt der Sektor Verkehr die
62 kumulierten Jahresemissionsmengen zwischen 2021 und 2030 um insgesamt 180 Mio.
63 Tonnen CO₂. Auch der Verkehrssektor muss seinen Teil zum Klimaschutz beitragen
64 und muss seine Anstrengungen intensivieren, auch nachdem durch das Urteil zum
65 Klima- und Transformationsfonds (KTF) einige Maßnahmen finanziell untersetzt
66 werden müssen.

67 Die Herausforderungen sind enorm, da vor allem in den Jahren des CSU-geführten
68 Verkehrsministeriums die Prioritäten falsch gesetzt wurden. Die in der Koalition
69 bis November 2023 fehlenden zielgerichteten Klimaschutzmaßnahmen des FDP-
70 geführten Verkehrsministeriums und die Verweigerung, ein Klimaschutz-
71 Sofortprogramm für den Verkehrsbereich vorzulegen, belegen, dass es einklagbare
72 Vorgaben für die Sektoren braucht. Jeder Sektor muss bei Klima und Umwelt
73 liefern.

74 Viele Maßnahmen, wie der Ausbau der Schiene, wirken im Verkehrsbereich erst
75 mittel- oder langfristig. Wenn wir schmerzhaft Eingriffe vermeiden oder
76 zumindest reduzieren wollen, müssen wir deshalb umso schneller ins Handeln
77 kommen. Die Verantwortung des Verkehrssektors darf daher nicht aufgeschoben
78 werden.

79 Wir haben bei Regierungsantritt ein Land übernommen, in dem die Bahn über
80 Jahrzehnte kaputtgespart wurde, Brücken und Infrastruktur marode sind. Die
81 Verkehrspolitik der letzten Jahrzehnte war einseitig auf die Subventionierung
82 und Besserstellung des motorisierten Individualverkehrs fokussiert. CSU-Minister
83 wie Ramsauer, Dobrindt und Scheuer trieben lieber Umgehungsstraßen in Bayern

84 voran statt die Instandhaltung der fundamentalen Lebensadern der Republik
85 sicherzustellen.

86 Wir haben eine Trendwende eingeleitet: In ÖPNV und Bahn fließen mehr
87 Bundesmittel als jemals zuvor. Zudem sind die Investitionen in die Schiene nun
88 deutlich höher als in die Straße. Fast keine neuen Straßenbaumaßnahmen werden
89 noch begonnen. Der Fokus liegt nun eindeutig auf der Sanierung der Straßen,
90 insbesondere der Brücken. Für uns ist aber auch klar, diese Trendwende ist noch
91 kein erreichtes Klimaziel. Die fossile Lobby muss gestellt, die fossilen
92 Subventionen und Vergünstigungen in Milliardenhöhe ab- bzw. umgebaut werden. Die
93 Besserstellung der Nutzung fossiler Verkehrsmittel gilt es zu beenden. Wir
94 müssen unseren Weg mit Hochdruck weitergehen. Beim Übergang in das nicht fossile
95 Zeitalter, auch im Verkehr haben wir keine Zeit zu verschenken.

96 **Klimaschutzgesetz - der Verkehrssektor darf nicht aus der Verantwortung
fallen:**

97 Das Klimaschutzgesetz wurde 2019 überparteilich verabschiedet. Bis heute wollen
98 CDU und SPD jedoch nichts davon wissen, dass Ziele auch Maßnahmen bedeuten. Nach

99 der Vogel-Strauß Politik der Großen Koalition vor 2021 war der Ehrgeiz von uns
100 Grünen in der Bundesregierung, die riesige hinterlassene 1000 Mio. Tonnen CO2-
101 Lücke möglichst schnell zu schließen. Mit den verabschiedeten Maßnahmen ist es
102 gelungen, die Lücke nahezu vollständig zu schließen - und das, weil die
103 Sektoren, für die wir innerhalb der Bundesregierung Verantwortung tragen
104 (Energie, Industrie, Landwirtschaft), ihre Ziele bis 2030 voraussichtlich
105 übererfüllen.

106 Weiterhin bleiben die beiden schwierigen Sektoren Gebäude und Verkehr. Obwohl
107 die Debatte von politischen Gegner*innen in- und außerhalb der Koalition
108 politisch vergiftet wurde, haben wir an der Wärmewende festgehalten und diese
109 eingeleitet. Erstmals gibt es bundesweit die Vorgabe zur kommunalen
110 Wärmeplanung, erstmals gibt es Vorgaben für Privathaushalte, erneuerbare
111 Heizungen einzubauen. Die Ziele für die Erneuerbaren haben wir stark angehoben
112 und deren Ausbau massiv beschleunigt. Mit grünen Leitmärkten und
113 Klimaschutzverträgen verhelfen wir klimaneutral hergestellten Produkten zum
114 Durchbruch. Auch im Verkehrsbereich konnten wir Grüne viele Reformen anstoßen.

115 Die Reform des Klimaschutzgesetzes wurde im Koalitionsausschuss beinahe 30
116 Stunden und im Bundestag über 7 Monate verhandelt. Die Überprüfung der Sektoren
117 wurde gelockert, im Gegenzug für konkrete Klimaschutzmaßnahmen. Mit unseren
118 Koalitionspartnern hatten wir keine Verbündeten für ein anderes Ergebnis, also
119 beides zu haben - ein halbwegs ambitioniertes Gesetz und wirksame
120 Klimaschutzmaßnahmen wie die Klima-Maut beim LKW.

121 Deutschland hat nach Überprüfung des Expert*innenrates für Klimafragen die
122 Vorgaben des Klimaschutzgesetzes im Jahr 2024 verfehlt. Ob das neue
123 Klimaschutzgesetz wirklich verfassungsfest ist, wird nun gerichtlich überprüft.
124 Für uns steht fest: Wir haben eine Verpflichtung gegenüber den nachfolgenden
125 Generationen, unsere Lebensgrundlagen zu bewahren. Keine Regierung in den
126 nächsten Jahren wird die europäischen und deutschen Klimaziele einhalten können,
127 ohne klimaschädliche Subventionen im Verkehrsbereich schrittweise abzubauen, die
128 öffentliche Mobilität für mehr Menschen zu ermöglichen sowie die
129 Elektromobilität weiter in Gang zu bringen. Um dieses Ziel zu erreichen, setzen

130 wir uns in der kommenden Wahlperiode für eine Weiterentwicklung des
131 Klimaschutzgesetzes ein, um den Herausforderungen im Klimaschutz zu begegnen.
132 Dazu gehören auch die sektorale Betrachtung der Erreichung der Klimaziele und
133 eine geeignete Sanktionierung bei Nichterreichen dieser. Daher ist die
134 Diskussion um das Klimaschutzgesetz und die Klimaziele nicht am Ende und wir
135 Grüne werden in der kommenden Wahlperiode weiter für die Einhaltung der
136 Klimaziele auch im Verkehrssektor kämpfen. Wir nehmen die Kritik an der Reform
137 des Klimaschutzgesetzes ernst. Hierzu suchen wir das Gespräch und den
138 Schulterschluss mit der Klima- und Umweltbewegung.

139 **Antriebswende - wir machen den Auspuff-Abgasen den Garaus:**

140 Verkehr vermeiden, verlagern und wo das jeweils nicht möglich ist,
141 dekarbonisieren. Wir haben auf verschiedenen Ebenen intensiv daran gearbeitet,
142 auch die Antriebswende voranzubringen. Fossile Verbrenner werden ab 2035 nicht
143 mehr verkauft, das ist nun EU-weit festgeschrieben. Zugleich haben wir den
144 Ausbau der Ladeinfrastruktur deutlich vorangebracht und beschleunigt, indem wir
145 diese ins überragende öffentliche Interesse gestellt haben.

146 Die LKW-Maut haben wir so ausgelegt, dass sie die Antriebswende voranbringt
147 durch die Einführung einer CO₂-Komponente. Das bidirektionale Laden steht
148 derzeit kurz vor dem gesetzlichen Durchbruch. Ebenfalls konnten wir den
149 Netzausbau - auch für die E-Mobilität - massiv vorantreiben.

150 Wir haben die Verwendung von Palmöl im Verkehrsbereich gesetzlich endlich
151 ausgeschlossen. Wir gehen dem Missbrauch von Regelungen für Emissionsquoten nach
152 und beenden diese. Die öffentlichen Flotten versehen wir wiederum mit
153 ambitionierteren Zielen bei der Dekarbonisierung. Wir unterstützen insgesamt den
154 Hochlauf der Elektromobilität, auch um Know How und Arbeitsplätze in der
155 hiesigen Mobilitätswirtschaft zu halten und zu entwickeln.

156 Das Urteil zum Klima- und Transformationsfonds des Bundesverfassungsgerichts war
157 ein Rückschlag, zusammen mit der Schuldenbremse hat dies zu Kürzungen von
158 Fördermaßnahmen geführt wie der Kaufprämie für E-Autos oder der Förderung für
159 die Anschaffung von E-Bussen in den kommunalen Verkehrsbetrieben. Kaufprämien
160 und Dienstwagenbesteuerung müssen künftig kleine und leichte Fahrzeuge
161 fokussieren. Es reicht nicht, die fossile Gießkanne abzuschaffen, ohne endlich
162 auch gerechte Fahrzeuggrößen zu thematisieren. Für uns ist es unerlässlich,
163 durch den Ab- und Umbau fossiler Subventionen hin zu klimafreundlichen
164 Förderungen wieder haushälterische Spielräume zu gewinnen.

165 Ziel bleibt es nach wie vor, die gesetzlichen Grundlagen des aktuellen
166 Bundesverkehrswegeplans auf Basis eines neuen Gestaltungsszenarios durch einen
167 integrierten Bundesmobilitätsplan abzulösen. Dieser wird Aus- und Neubauprojekte
168 für Bundes- und Bundesfernstrassen obsolet machen, indem klimafreundliche
169 Verkehrsträger wie Schienenstrecken neu- und ausgebaut werden. Ebenso muss die
170 Bedarfsplanüberprüfung der Maßnahmen an Zielen zur Verkehrswende ausgerichtet
171 sein, und nicht, wie bis zum heutigen Tag üblich, an - methodisch umstrittenen -
172 Prognosedaten. Er ist die Grundlage für eine klimaneutrale und sozial gerechte
173 Mobilität im Jahr 2045. Priorität in der Infrastrukturentwicklung haben der
174 Ausbau des Umweltverbundes und eine effiziente Nutzung der Verkehrsmittel. Bis
175 der Bundesmobilitätsplan gesetzlich beschlossen ist werden wir den aktuellen
176 Bundesverkehrswegeplan unter Berücksichtigung der klimapolitischen Ziele und der
177 angespannten Haushaltslage kritisch überprüfen.

178 **Klimaschutz, der weltweit fliegt**

179 Die Dekarbonisierung des Luftverkehrs stellt eine besondere Herausforderung dar.
180 Aber wir entlassen die Luftfahrt nicht aus ihrer Verantwortung.

181 Deshalb haben wir die Luftverkehrsteuer um den Betrag angehoben, den eine
182 Kerosinsteuer auf innerdeutsche Flüge erbringen würde.

183 Auf EU-Ebene haben wir mit grüner Unterstützung aus Deutschland wegweisende
184 Erfolge erzielt:

185 • ansteigende Quoten für alternative, weniger klimaschädliche, Treibstoffe

186 • das Aus kostenloser CO₂-Zertifikate

187 • die Weichenstellung, damit endlich auch die sekundären Klimaeffekte

188 berücksichtigt werden

189 • obligatorischer Bodenstrom für parkende Flugzeuge

190 • verpflichtende Ultrafeinstaubmessungen auch an Flughäfen

191 • ein Klima-Label für Flüge

192 • ein neuer, zweiter Emissionshandel, der auch Privatjets in die CO₂-Bepreisung
193 einbindet

194 Mehrere dieser Maßnahmen werden die Ultrafeinstaubbelastung in den
195 Flughafenregionen reduzieren.

196
197 Kurzstreckenflüge wollen wir Zug um Zug verringern und bis 2030 überflüssig
198 machen, indem wir die Bahnangebote – gerade Direkt- und Nachtzugverbindungen –
199 ausweiten und für faire Wettbewerbsbedingungen zwischen den Verkehrsmitteln
200 sorgen, die die ökologischen Kosten widerspiegeln.

201 Im Bundeshaushalt haben wir außerdem Mitteln für die Entwicklung von E-Kerosin
202 gesichert, Geld für die Erprobung von leiseren Flugverfahren erhalten, sowie
203 zusätzliche Mittel für den Deutschen Wetterdienst, die dazu beitragen werden,
204 die sekundären Klimaeffekte des Fliegens zu mindern.

205 Das alles ist nicht genug. Wir kämpfen weiter für den Abbau klimaschädlicher
206 Subventionen im Luftverkehr. Damit wollen wir für mehr Gerechtigkeit und mehr
207 Spielraum für die Förderung von Klimaschutz sorgen. Die Regelungen auf EU-Ebene
208 müssen nachgeschärft werden. Wir arbeiten außerdem weiter hartnäckig an einer
209 gesetzlichen Verbesserung des aktiven und des passiven Lärmschutzes und an der
210 Verbesserung der Luftqualität in den Flughafenregionen.

211 **Öffentlicher Personennahverkehr für alle - bezahlbar, barrierefrei und**
212 **zukunftssicher:**

213 Das Deutschlandticket ist nach dem 9-Euro-Ticket ein riesiger Erfolg als die
214 erste langfristige Maßnahme, die den Tarifdschub in Deutschland beseitigt und
215 über 13 Millionen Menschen eine Möglichkeit gibt, klimafreundlich und
216 kostengünstig durch das ganze Land zu reisen.

217 • Um diese Errungenschaft langfristig zu sichern, setzen wir uns dafür ein,
218 dass das Ticket dauerhaft fortgeführt wird. Dafür braucht es einen fairen
219 und transparenten Preismechanismus, der Preisstabilität garantiert und

220 eventuelle Preissprünge auch wieder zurückholen kann, um das Ticket
221 sozialer zu gestalten. Unser Ziel bleibt, gemeinsam mit den Ländern einen
222 Ticketpreis von 49 Euro sicherzustellen. Für uns haben
223 Einnahmesteigerungen durch mehr verkaufte Abos Vorrang vor
224 Preiserhöhungen. Insbesondere bei den Jobtickets sehen wir noch erhebliche
225 Potenziale. Wir begrüßen es, wenn Länder und Tarifverbände Regelungen
226 treffen, junge Menschen kostenlos oder stark vergünstigt den ÖPNV nutzen
227 zu lassen. Solche Angebote wollen wir bundesweit ausbauen.

- 228 • Wir fordern eine Weiterentwicklung des 49-Euro-Tickets, die es Erwachsenen
229 ermöglicht, Kinder und Jugendliche bis 14 Jahre kostenlos mitzunehmen.
230 Neben dem solidarischen Deutschlandsemesterticket sollten auch Lösungen
231 für Azubis und Freiwilligendienstleistende gefunden werden. Außerdem
232 braucht es ein bundesweit einheitliches vergünstigtes Angebot des
233 Deutschlandtickets für Menschen mit geringem Einkommen. Auch eine
234 einheitliche Regelung zur Mitnahme von Fahrrädern streben wir an.
- 235 • Es ist uns eine Herzensangelegenheit, dass der ÖPNV barrierefrei und für
236 alle Menschen zugänglich wird. Hierzu bedarf es eines bundesweiten Ausbau-
237 und Modernisierungspakts, der nicht nur die Infrastruktur stärkt, sondern
238 auch Barrierefreiheit konsequent umsetzt. Ein starker ÖPNV ist das
239 Rückgrat einer klimafreundlichen Mobilität – und muss deshalb für alle
240 Menschen bezahlbar, zugänglich und zukunftssicher gestaltet werden.
241 Gemeinsam mit Ländern und Kommunen wollen wir den ÖPNV in Stadt und Land
242 ausbauen und die Anbindung an attraktive Bus- und Bahnangebote
243 sicherstellen. Die Regionalisierungsmittel wollen wir so erhöhen, dass
244 Kostensteigerungen und ein Ausbau des Angebots gleichermaßen
245 berücksichtigt werden.
- 246 • Die Grundlage hierfür ist das Konzept der Mobilitätsgarantie, mit der wir
247 auch in ländlichen Regionen ein Grundangebot des ÖPNV sicherstellen
248 möchten. Als Zielbild möchten wir einen ein- bis zweistündlichen Takt
249 erreichen, in dem ein Bus oder ein entsprechendes öffentliches
250 Verkehrsmittel angeboten wird, wie zum Beispiel ein On-Demand-Angebot in
251 verkehrsärmeren Zeiten.
- 252 • Wir setzen uns dafür ein, dass das Fahren ohne Fahrschein nicht länger als
253 Straftat verfolgt wird. Die aktuelle Praxis, armutsbetroffene Menschen,
254 die Geldstrafen nicht zahlen können, in Ersatzfreiheitsstrafen zu
255 schicken, ist unverhältnismäßig und belastet das Justizsystem sowie die
256 Betroffenen. Freiheitsentzug wegen fehlender Tickets reißt Menschen
257 unnötig aus ihrem sozialen Umfeld und verstärkt ihre prekäre
258 Lebenssituation. Eine Entkriminalisierung würde nicht nur die Justiz und
259 die Verkehrsbetriebe entlasten, sondern auch zu mehr sozialer
260 Gerechtigkeit im öffentlichen Nahverkehr beitragen. Ein zugänglicher und
261 gerechter ÖPNV muss für alle Menschen bezahlbar sein, ohne sie durch
262 überzogene Strafen zu kriminalisieren.

263 **Die Bahn endlich wieder fit machen:**

264 Für die Schiene können wir in den nächsten Monaten viel erreichen:

- 265 • Verkehrsminister Wissing hatte mehrfach das Moderne-Schiene-Gesetz
266 versprochen. Dort soll die Finanzierung der Schiene komplett neu
267 aufgestellt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Gesetz kommt und
268 fordern die Einführung eines Schienenfonds. Ein solcher ermöglicht die
269 überjährige Finanzierung von Aus- und Neubau. Auf dieser Grundlage können
270 die Deutsche Bahn und die Bauwirtschaft ihre Planungs- und Baukapazitäten
271 aufstocken, damit wir mit dem Ausbau der Infrastruktur endlich zügiger
272 voran kommen
- 273 • Die Investitionen für die Schiene sind auf einem Rekordhoch. Aufgrund des
274 Sanierungsstaus durch die CSU liegt der Fokus auf dem bestehenden
275 Bahnnetz. Zugunsten von Neu- und Ausbau für den Deutschlandtakt sowie der
276 Digitalisierung unseres Bahnnetzes braucht es weitere Investitionen.
- 277 • Leider gibt es bei Aus- und Neubau der Schiene viel Widerstand durch die
278 anderen Parteien. Ohne zusätzliche Schienenwege können wir die Bahn jedoch
279 nicht zum Rückgrat der Verkehrswende ausbauen. Die politischen Blockaden
280 von SPD, Union und FDP kosten uns viele Jahre bei der erforderlichen
281 Verlagerung von Personen- und Güterverkehren auf die klimafreundlichere
282 und energieeffizientere Bahn. Hier setzen wir uns für einen
283 Schienenkonsens ein, damit wichtige Erweiterungen, Reaktivierungen und
284 Elektrifizierungen endlich angegangen werden.

285 **Mehr Sicherheit für alle, die auf dem Rad oder zu Fuß unterwegs sind:**

286 Wir haben in dieser Wahlperiode das Straßenverkehrsrecht auf grundlegend neue
287 Füße gestellt: Künftig steht nicht mehr allein der reibungslose Verkehrsfluss
288 des Autos im Mittelpunkt des Straßenverkehrsrechts, sondern auch Klima- und
289 Umweltschutz, städtebauliche Entwicklung, Gesundheit und Verkehrssicherheit.
290 Kommunen können endlich systematisch für komfortable und sichere Wege mit Rad
291 und Bus und zu Fuß sorgen. Sie haben mehr Möglichkeiten Tempo 30 einzurichten
292 und verkehrsberuhigte und lebenswerte Quartiere zu schaffen.

293 In der kommenden Wahlperiode geht es darum, diesen Paradigmenwechsel weiter
294 anzuwenden und Kommunen dabei zu unterstützen, das neue Straßenverkehrsrecht vor

295 Ort umzusetzen. Im Einzelnen bedeutet das:

- 296 • **Mehr Spielraum bei Tempo 30 innerorts sowie Tempo 80 außerorts:** Bei
297 Geschwindigkeitsbegrenzungen gilt trotz Erleichterungen bei Tempo 30 immer
298 noch der alte Rechtsrahmen. Hier wollen wir den Kommunen noch mehr
299 Entscheidungsspielraum einräumen und flächendeckend innerorts Tempo 30
300 ermöglichen.
- 301 • **Tempolimit:** Wir kämpfen weiterhin für ein allgemeines Tempolimit von 130
302 km/h auf Autobahnen.
- 303 • **Radwegenetze im ganzen Land:** Wir Grüne haben in dieser Wahlperiode die
304 Mittel für den Radverkehr abgesichert und den Kommunen die gewünschte
305 Planungssicherheit gegeben. Es ist nun Zeit für einen Hochlauf der

306 Radverkehrsmittel für sichere Radwege in und zwischen Städten und
307 Gemeinden, sowie als Zubringer zum ÖPNV zu sorgen.

308 • **Sichere Schulwege und Schulstraßen:** Wir wollen, dass alle Kinder und
309 Jugendlichen in Deutschland sicher und selbstständig mit dem Rad oder zu
310 Fuß zur Schule kommen können. Dafür unterstützen wir Kommunen bei der
311 Einrichtung von sicheren Schulwegen. Für eine unbürokratische Einrichtung
312 von Schulstraßen, wollen wir den Kommunen noch weitere
313 Entscheidungsspielräume übergeben.

314 • **Sichere Fußverkehrsnetze:** Als Bund stocken wir die Förderung von
315 Fußverkehrsinfrastruktur in Kommunen auf (nach dem Vorbild des
316 Sonderprogramms Stadt und Land für den Radverkehr), fördern eine
317 Stiftungsprofessur für den Fußverkehr, finanzieren ein Aus- und
318 Weiterbildungsangebot für Planer*innen in den Belangen des Fußverkehrs und
319 stärken institutionell die Erhebung von Daten zum Fußverkehr.

320 • **Parken:** Auch hier wollen wir Kommunen mehr Kompetenzen geben. Sie sollen
321 z.B. die Möglichkeit haben, soziale Kriterien bei Parkgebühren anzuwenden
322 und Parkraum effizient digital überwachen können.

323 **Dafür setzen wir uns ein - eine Zusammenfassung:**

324 Als Grüne setzen wir uns in Bund und Ländern für eine echte klima- und sozial
325 gerechte Mobilitätswende mit folgenden Maßnahmen ein:

326 • Das 49-Euro-Ticket soll verstetigt werden. Für uns haben
327 Einnahmesteigerungen durch mehr verkaufte Abos Vorrang vor
328 Preiserhöhungen. Insbesondere bei den Jobtickets sehen wir noch erhebliche
329 Potenziale. Bei Preissteigerungen werden wir nach Wegen für eine Rückkehr
330 zum Ursprungspreis, ggf. in der Form von Jahres-Abos, suchen. Wir fordern
331 zudem eine Verbesserung der Konditionen des Abos, um mehr Kund*innen für

- 332 Abos zu gewinnen, bspw. durch eine bundesweite Mitnahmeregelung für
333 Kinder.
- 334 • Aufhebung des „Diesel- und Dienstwagenprivilegs“ und ein schrittweiser
335 Abbau von weiteren klima- und umweltschädlichen Subventionen.
 - 336 • Ein bundesweites Ausbauprogramm für den ÖPNV sowie eine bundesweit
337 geltende Mobilitätsgarantie.
 - 338 • Tempolimit: Wir kämpfen weiterhin für ein allgemeines Tempolimit auf
339 Autobahnen.
 - 340 • Die Umschichtung von Mitteln aus dem Straßenneu- und -ausbau, einerseits
341 in den Erhalt der Straßen mit eindeutigem Fokus auf die Brückensanierung,
342 andererseits für den Ausbau der Schiene und des ÖPNV.
 - 343 • Eine weitere Finanzierung für die Schiene, die Sanierung und Erweiterung
344 ermöglicht und langfristig absichert.
 - 345 • Eine Ausbauoffensive für Rad- und Fußverkehrsinfrastruktur: die Stärkung
346 der aktiven Mobilität im Modal Split hat ein riesiges Einsparpotential.
 - 347 • Mehr Ambitionen für klimafreundlichen Luftverkehr und für eine Verlagerung
348 auf die Schiene, vor allem bei Kurzstreckenflügen.
- 349 Um die weiteren Handlungsbedarfe breit zu diskutieren, wird die grüne
350 Bundestagsfraktion im November 2024 einen Mobilitätskongress ausrichten.

Beschluss (vorläufig) Demokratie schützen – Desinformation entschlossen bekämpfen!

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2024
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

Antragstext

1 Unsere Demokratie ist stark und wehrhaft. Sie wird durch eine lebendige und
2 vielfältige Zivilgesellschaft getragen, die sich jeden Tag für demokratische
3 Werte und das Gemeinwohl einsetzt. Dennoch wird unsere freiheitliche
4 Gesellschaft und unsere Art zu leben derzeit massiv bedroht - von innen wie
5 außen. Wir sehen uns mit anhaltenden, ernstzunehmenden sicherheitspolitischen
6 Risiken konfrontiert, die unsere digitale und analoge Welt gleichermaßen
7 betreffen.

8 Um diese Gefahren wirksam zu bekämpfen, müssen wir nicht nur unsere
9 gesellschaftlichen Abwehrkräfte stärken, sondern vor allem Vertrauen
10 zurückgewinnen – in den Staat, in demokratische Institutionen und Prozesse,
11 sowie in die Unabhängigkeit und Vielfalt unserer Medienlandschaft. Vertrauen ist
12 die Grundlage, die unsere Gesellschaft zusammenhält und entscheidend für die
13 Verteidigung unserer Demokratie. Nicht nur unsere Demokratie ist stark und
14 wehrhaft – auch unsere Gesellschaft muss es sein.

15 In Zeiten hybrider Kriegsführung erleben wir, wie Informationsmanipulationen
16 gezielt eingesetzt werden, um gesellschaftliche Konflikte zu befeuert,
17 Unsicherheit zu schüren und die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Diese
18 systematischen Angriffe auf die Hard- und Software unserer liberalen Demokratie
19 müssen wir ernst nehmen und verteidigen. Autoritäre Staaten agieren gezielt auch
20 im digitalen Raum, um politische Debatten zu beeinflussen und unsere
21 demokratische Gesellschaft zu destabilisieren. Dagegen müssen wir die
22 Gesellschaft stark und resilient aufstellen.

23 Die Auswirkungen dieser Desinformationskampagnen sind weitreichend: Sie
24 vergiften öffentliche Diskurse, untergraben das Vertrauen in staatliche
25 Institutionen oder in die Medien. Menschen werden zum Ziel von Einschüchterung
26 und Diskreditierung. So beeinflussen sie demokratische Willensbildungsprozesse,
27 befördern Spaltung und manipulieren Wahlen oder stellen deren Rechtmäßigkeit in
28 Frage. Damit sind Desinformationskampagnen von einer abstrakten zu einer realen
29 Gefahr geworden.

30 Diese Herausforderungen werden durch verschiedene Faktoren verschärft. Das
31 Erstarken populistischer und rechtsextremer Kräfte in Deutschland und weltweit
32 führt dazu, dass demokratiefeindliche Erzählungen noch stärker verbreitet
33 werden. Autoritäre Staaten, wie Russland und China, nutzen Desinformation
34 gezielt, um westliche Gesellschaften zu destabilisieren. Ihre Narrative werden
35 auch von AfD und BSW massenhaft weiterverbreitet.

36 Die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit verschwimmen zunehmend. Der
37 völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat die
38 Bedrohungslage noch einmal deutlich verschärft. Desinformationskampagnen werden

39 längst begleitet durch gezielte IT-Angriffe auf staatliche und private
40 Einrichtungen sowie auf kritische Infrastrukturen, den Lebensadern unserer
41 Gesellschaft.

42 Desinformation ist kein neues Phänomen. Neu sind die rasante Ausbreitung und der
43 große Einfluss auf die politische Meinungsbildung auf der ganzen Welt. Dafür
44 verantwortlich sind insbesondere die Anreiz- und Vergütungssysteme von Social-
45 Media-Plattformen, die dazu führen, dass Falschinformationen schneller
46 verbreitet werden als fundierte Informationen, und Bedrohungsakteure, die diese
47 Mechanismen gezielt ausnutzen. Denn das Problem ist nicht die Existenz einzelner
48 Accounts, die Falschinformationen verbreiten, sondern deren künstliche
49 Verstärkung durch die Systeme der Plattformen. Dies untergräbt den
50 demokratischen Diskurs, da Bürger*innen von solchen Inhalten überschwemmt
51 werden. Mechanismen, die z.B. Inhalte belohnen, die Angst und Wut erzeugen,
52 müssen kritisch hinterfragt werden. Auch das Belohnen von Accounts, die mit
53 hoher Frequenz posten, ist problematisch. Bürger*innen müssen selbst entscheiden
54 können, was in ihren Timelines erscheint. Dazu kommt die Funktionsweise von
55 Online-Werbung, die dazu führt, dass Desinformation eine höchst lukrative
56 Einkommensquelle für Betreiber undurchsichtiger Webseiten ist.

57 Der demokratische Inselstaat Taiwan erlebt seit Jahren heftige
58 Desinformationskampagnen aus der Volksrepublik China. Die gescheiterten
59 Beeinflussungsversuche aus Peking bei den jüngsten Wahlen zeigen die
60 Widerstandsfähigkeit einer Gesellschaft, die mithilfe staatlicher und ziviler
61 Initiativen einen hohen Aufklärungsgrad gegen systematische
62 Informationsmanipulation erreicht hat und den Schutz vor
63 Desinformationsangriffen beispielgebend vorantreiben konnte.

64 Die auf deutscher und europäischer Ebene ergriffenen Maßnahmen haben der
65 zunehmenden Verbreitung von strafrechtlich relevanten Äußerungen und der
66 Manipulation unserer digitalen Debattenräume bisher nicht ausreichend Einhalt
67 gebieten können. Der Digital Services Act (DSA) ist ein entscheidender Schritt
68 hin zu mehr Transparenz und rechtsstaatlicher Regulierung für digitale
69 Plattformen. Er muss auf nationaler und europäischer Ebene weiter entschlossen
70 durchgesetzt und die zuständigen Aufsichtsbehörden gestärkt werden.

71
72 In Ländern wie Finnland spielt das Bildungssystem eine zentrale Rolle im Kampf
73 gegen Desinformation. Medienkompetenz ist dort seit vielen Jahren fester
74 Bestandteil der Lehrpläne, wodurch die Gesellschaft eine starke Immunität
75 gegenüber Desinformationskampagnen entwickelt hat. Finnland wird regelmäßig als
76 manipulations-resilientestes Land der EU eingestuft. Als direkter Nachbar
77 Russlands hat die finnische Regierung frühzeitig auf diese Bedrohung reagiert –
78 ein europäisches Erfolgsmodell, von dem wir lernen können.

- 79 Im Spannungsfeld zwischen Eigenverantwortung und staatlichem Schutz brauchen wir
- 80 1. eine wachsame Zivilgesellschaft und Medien, die kritisch hinterfragen und
81 die Meinungsvielfalt einer vielseitigen Gesellschaft als Stärke verstehen,
 - 82 2. eine konsequente Fortsetzung der rechtsstaatlichen Regulierung der großen
83 Plattformen und künstlich generierter Inhalte,
 - 84 3. den staatlichen Schutz vor digitalen Angriffen aus dem In- und Ausland –
85 in Deutschland und Europa,
 - 86 4. kritische Bürger*innen, die sich der Manipulierbarkeit von Informationen
87 und der Gefahr von Desinformation bewusst sind, und
 - 88 5. einen verbesserten Schutz von Betroffenen.

89 **Ein ganzer Werkzeugkasten gegen Desinformation** 90 **und für demokratische Teilhabe**

91 Die Bekämpfung von Desinformation erfordert ein ganzheitliches Vorgehen, das
92 Aspekte der inneren und äußeren Sicherheit verbindet. Unser Ziel ist es, die
93 Resilienz unserer Gesellschaft zu stärken und die Wehrhaftigkeit unserer
94 Demokratie zu erhöhen. Hierfür sind gut informierte Bürger*innen essentiell, die
95 Informationen kritisch bewerten. Außerdem müssen unabhängige Medien gestärkt und
96 ein Mindestmaß an Transparenz und Chancengleichheit auf sozialen Plattformen
97 sichergestellt sein. Dafür gehen wir den eingeschlagenen Weg der
98 rechtsstaatlichen Regulierung von Plattformen konsequent weiter.

99 Die Versäumnisse sind groß. Die vor gut zwei Jahren bereits ausgerufenen
100 “Zeitenwende” muss auch mit Blick auf hybride Bedrohungen wie Desinformation
101 endlich politisch entschlossen umgesetzt werden. Uns steht ein Bündel an
102 Maßnahmen zur Verfügung, die jetzt ergriffen werden müssen. Unser Ansatz umfasst
103 einen Werkzeugkasten von Maßnahmen aus den Bereichen Innere Sicherheit, Außen-
104 und Verteidigungspolitik sowie Bildung, Zivilgesellschaft und Forschung. Nur
105 durch das Zusammenspiel dieser Bereiche können wir den komplexen
106 Herausforderungen, die durch Desinformation entstehen, effektiv begegnen.

107 **1. Maßnahmen der Innen- und Sicherheitspolitik**

108 **Bundesweite Strategie gegen Desinformation schaffen:** Desinformation ist keine
109 kurzfristige Herausforderung, sondern ein Problem auf Dauer. Um
110 Desinformationskampagnen langfristig einzudämmen, brauchen wir eine bundesweite
111 Strategie gegen Desinformation, die die Bundesregierung seit langem versprochen
112 hat und deren Vorlage wir umgehend fordern. Die Strategie muss aufzeigen, mit
113 welchen Maßnahmen, Werkzeugen, Mitteln und Strukturen Desinformation dauerhaft
114 bekämpft werden soll. Bestandteil muss u.a. eine breit angelegte und andauernde
115 Aufklärungskampagne, wie bei unseren skandinavischen und baltischen Nachbarn,
116 sein, um Bürger*innen über drohende Gefahren aufzuklären.

117 **Zentrale Koordinierungsstelle ausbauen:** Wir unterstützen den umfassenden
118 Aufbau einer zentralen Stelle zur frühzeitigen Erkennung, Koordinierung und
119 schnellen Reaktion auf Desinformationskampagnen aus dem In- und Ausland. Die

120 Zentrale Koordinierungsstelle soll dabei bestehende Kapazitäten in verschiedenen
121 Ressorts bündeln, Fähigkeiten erweitern, sowie Gegenmaßnahmen empfehlen und in
122 Kooperation durchführen.

123 **DSA national durchsetzen:** Den Weg der rechtsstaatlichen Regulierung wollen wir
124 konsequent fortsetzen, den europäischen Digital Services Act (DSA) entschlossen
125 auf nationaler Ebene durchsetzen, die Aufsichtsbehörden auf Landes- und
126 Bundesebene stärken und Betroffenen mehr Hilfe zuteilwerden lassen. Der Digital
127 Services Coordinator muss entsprechend ausgestattet werden, und ihm müssen auch
128 die notwendigen Mittel zur Vergabe unabhängiger Forschungsaufträge an die Hand
129 gegeben werden. Außerdem setzen wir uns für ein Digitales Gewaltschutzgesetz
130 ein, das wirksame Instrumente wie Accountsperrern nach gerichtlich geurteilten
131 Rechtsverletzungen gesetzlich verankert.

132 **Rechtsdurchsetzung und handlungsfähige Strafverfolgung:** Falschnachrichten,
133 Informationsmanipulation und Desinformation sind nicht per se strafrechtlich
134 relevant und das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung gilt es unbedingt zu
135 schützen. Dort, wo die Schwelle zur Strafbarkeit aber klar überschritten ist,
136 z.B. bei Leaking und Doxxing, muss der Rechtsstaat konsequent einschreiten.
137 Hierfür stärken wir die Strafverfolgungsbehörden, u.a. durch stärkere
138 Priorisierung und bessere Abstimmung zwischen Bund und Ländern bei der
139 Strafverfolgung, bei der digitalen Ermittlung und massenhaften Bearbeitung von
140 Vorfällen – auch mit Hilfe automatisierter Lösungen, sofern diese klaren
141 rechtsstaatlichen und datenschutzkonformen Standards genügen. Die Gewährleistung
142 von zeitnaher Vorgangsbearbeitung, dem geregelten Datenaustausch zwischen
143 Ermittlungsbehörden und Plattformbetreibern sowie die Schaffung von angemessen
144 ausgestatteten Schwerpunktstaatsanwaltschaften sind wichtige Bausteine für eine
145 erfolgreiche Rechtsdurchsetzung, die wir mit ausreichend Ressourcen und Fort-
146 und Ausbildung stärken wollen.

147 **Nachrichtendienste einbinden:** Die Nachrichtendienste von Bund und Ländern
148 spielen eine wichtige Rolle bei der Erkennung und Rückverfolgung von
149 massenhafter Desinformation, insbesondere wenn die Urheber staatliche oder
150 staatsnahe Akteure sind. Umso schmerzlicher sind die Versäumnisse der letzten
151 drei Jahrzehnte bei der Spionage- und Sabotageabwehr, ohne die eine effektive
152 Desinformationsbekämpfung nicht auskommt. Daher möchten wir die
153 Nachrichtendienste bei ihrer Arbeit gegen Desinformation stärken, insbesondere
154 bei der Früherkennung und Etablierung eines funktionierenden Warnsystems.

155 **Schutzangebote auf kommunaler Ebene:** Wir müssen Schutzangebote für unsere
156 liberale Demokratie besonders auch auf kommunaler Ebene machen. Gerade in den
157 Städten und Gemeinden treffen Desinformation und Angriffe auf Infrastruktur
158 direkt auf die Menschen. Hier braucht es mehr Instrumente, die Kreisverwaltungen
159 und städtische Unternehmen zur Abwehr dieser Kampagnen wappnen. Vorbild können
160 hier Initiativen aus Taiwan zur zivilen Verteidigung sein.

161 **Kooperation von Zivilgesellschaft, Forschung und Sicherheitsbehörden:** Wir
162 wollen
163 die wertvolle Expertise von NGOs und Wissenschaftler*innen nutzen und eine enge
164 Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, der Wissenschaft
165 und Sicherheitsbehörden fördern. Diese freiwillige Kooperation basiert auf einem
166 strukturierten Wissensaustausch, praxisorientierten Schulungen und einer
167 koordinierten Öffentlichkeitsarbeit. Dabei bleiben die Unabhängigkeit, die

167 verschiedenen Perspektiven sowie die spezifischen Kompetenzen aller beteiligten
168 Akteure gewahrt, um einen ganzheitlichen Ansatz zur Bekämpfung von
169 Desinformation zu entwickeln.

170 **Erweiterter Werkzeugkasten:** Wir unterstützen die Entwicklung einer umfassenden
171 Toolbox zur Reaktion auf Desinformation, angelehnt an den Europäischen
172 Auswärtigen Dienst. Diese soll Instrumente wie öffentliche Addressierung und
173 Missbilligung, Prebunking und Debunking, Sanktionen, strafrechtliche Verfolgung,
174 nachrichtendienstliche Beobachtung sowie Maßnahmen zur Abschaltung von
175 Infrastruktur von gesteuerten Desinformationskampagnen umfassen.

176 **2. Maßnahmen zur europäischen und internationalen** 177 **Kooperation**

178 **EU-Monitoring und europäische Kooperation stärken:** Die Monitoring-Einheiten
179 der EU, insbesondere des Europäischen Auswärtigen Dienstes, müssen personell und
180 finanziell ausreichend ausgestattet werden, um Desinformationskampagnen effektiv
181 zu überwachen und zu bekämpfen. Im Zusammenschluss mit den europäischen
182 Institutionen und nationalen Organisationen unserer Partner in der EU und NATO
183 ermöglichen wir den aktiven Austausch von Informationen zu
184 Informationsmanipulation und Desinformationskampagnen, fördern die
185 Zusammenarbeit und den europäischen und internationalen Fähigkeitsaufbau.

186 **Europäisches Demokratieschild umfassend ausgestalten:** Das von der
187 Europäischen Kommission geplante „European Democracy Shield“ darf sich nicht nur
188 auf Einflusskampagnen aus dem EU-Ausland fokussieren. Auch relevante Akteure
189 innerhalb der EU müssen in den Blick genommen werden – gerade auch, weil eine
190 scharfe Trennung häufig nicht möglich ist. Zudem müssen die Mechanismen der
191 Plattformen, wie Targeting und Amplifizierung, umfassend berücksichtigt werden.

192 **Stärkung der internationalen Zusammenarbeit:** Die multilaterale
193 Zusammenarbeit wollen wir angesichts geopolitischer Bedrohungen und
194 Einflussnahmen durch autoritäre Staaten auch außerhalb von EU und NATO beim
195 Kampf gegen Desinformation stärken. Deutschland muss seine Rolle in der G7
196 weiter ausbauen, um globale Normen zu fördern und zu verhindern, dass einzelne
197 Staaten die Schaffung solcher Normen blockieren. Außerdem müssen wir die
198 Gefahren von Desinformationskampagnen im Kontext von Wahlen oder politischen
199 Krisen in Drittstaaten wahrnehmen und die Hilfe zum Aufbau von Resilienz zum
200 Teil von Entwicklungshilfe machen.

201 **3. Maßnahmen zur Umsetzung der Plattformregulierung**

202 **Desinformation als systemisches Risiko definieren:** Desinformation muss im
203 Sinne des DSA als systemisches Risiko für den öffentlichen Diskurs und Wahlen
204 anerkannt werden. Deutschland muss die Europäische Kommission auffordern, DSA-
205 Ermittlungen bei allen großen Plattformen einzuleiten, um zu untersuchen, welche
206 Mechanismen der Plattformen zur überproportionalen Verbreitung von
207 Desinformation führen und diese Mechanismen unterbinden.

208 **Algorithmische Verstärkung gezielt angehen:** Die Verstärkung von Inhalten durch
209 Plattform-Algorithmen spielt eine zentrale Rolle bei der Verbreitung von
210 Desinformation. Wir wissen aus der Forschung, dass sogenannte „grenzwertige“
211 Inhalte, die sich an der Grenze zu Inhalten befinden, die illegal sind oder

212 Community-Standards verletzen, stärker verbreitet werden als andere Inhalte.
213 Desinformation fällt häufig in diese Kategorie. Die Europäische Kommission kann
214 auf Grundlage des DSA solche Algorithmen als Risiko für öffentlichen Diskurs und
215 Wahlen definieren und die Plattformen auffordern, Alternativen einzusetzen.
216 Dabei setzen wir auf Algorithmen, bei denen Bürger*innen selbst entscheiden, was
217 in ihren Timelines erscheint.

218 **Einschränkung von Targeting konsequent durchsetzen:** Targeting ist eines der
219 zentralen Instrumente, durch das Desinformation gezielt an dafür anfällige
220 Bevölkerungsgruppen ausgespielt werden kann. Dies führt zu einer viralen
221 Verbreitung, noch bevor Faktenchecks oder andere Maßnahmen greifen können. Wir
222 fordern, dass die im DSA bereits vorgesehenen Einschränkungen von Targeting
223 konsequent durchgesetzt werden – gerade mit Blick auf den Schutz von
224 Minderjährigen oder das Schließen von Schlupflöchern. Die Europäische Kommission
225 und die Bundesnetzagentur müssen im jeweiligen Zuständigkeitsbereich für
226 konsequente Durchsetzung sorgen. Maßgeschneiderte Botschaften dürfen nicht dazu
227 führen, dass bestimmte Gruppen unverhältnismäßig beeinflusst werden. Darüber
228 hinaus darf Online-Werbung nicht systematisch finanzielle Anreize bieten,
229 Desinformation im Internet zu veröffentlichen. Werbetreibende müssen Kontrolle
230 darüber haben, wo ihre Inhalte ausgespielt werden.

231 **Wissenschaftlichen Zugang zu Plattformdaten gewährleisten:** Um die
232 Verbreitung von Desinformation und deren Auswirkungen besser zu verstehen, muss
233 der Zugang zu Plattformdaten für Forschungszwecke gewährleistet werden. Der DSA
234 sieht hier klare Vorgaben vor, und wir fordern eine schnelle und umfassende
235 Umsetzung dieses Zugangs. Ein delegierter Rechtsakt muss klare Rahmenbedingungen
236 für den Zugang definieren und dafür sorgen, dass Wissenschaft alle Daten
237 bekommt, die für relevante Ergebnisse erforderlich sind.

238 **Online-Werbung neu regulieren:** Die EU-Kommission muss eine neue
239 Gesetzesinitiative an der Schnittstelle von DSA, Political Ads Regulation,
240 ePrivacy Regulation und Wettbewerbsrecht vorlegen, um die Nutzung
241 personenbezogener Daten in Datenprofilen großer Plattformen und Datenhändler für
242 Online-Werbung und das Ausspielen von Inhalten kohärent zu regulieren. Ziel ist
243 es, den Einsatz personenbezogener Daten für gezielte Werbung als Einfallstore
244 für Manipulation und Desinformation weiter einzuschränken. Auch monopolartige
245 Strukturen einzelner Anbieter, wie Google und Meta, müssen verstärkt in den
246 Fokus genommen werden.

247
248 **Nutzer*innen-Transparenz erhöhen:** Transparenz unterstützt die freie und
249 kritische Meinungsbildung und hilft Informationsmanipulation zu enttarnen. Daher
250 setzen wir uns für die verpflichtende Kennzeichnung von KI-generierten Bildern
251 und Videos ein. Die Kennzeichnungspflicht für KI-generierte Bilder und Videos
252 soll für alle Plattformen und Medienkanäle gelten und durch robuste technische
253 Lösungen, wie digitale Wasserzeichen oder Metadaten, umgesetzt werden.
254 Gleichzeitig fördern wir die Entwicklung von KI-Erkennungstechnologien, um nicht
255 gekennzeichnete generierte Inhalte identifizieren zu können. Außerdem sollen
256 weitergeleitete Nachrichten als solche gekennzeichnet werden, um Transparenz für
257 Nutzende über den Ursprung zu schaffen. Zuletzt sollen Plattformauftritte von
258 Personen des öffentlichen Lebens oder bekannten Institutionen verlässlich
259 gekennzeichnet werden, um Verwechslungen und absichtliche Irreführungen zu
260 reduzieren.

261 **4. Maßnahmen im Bereich digitale Bildung, Forschung und** 262 **Zivilgesellschaft**

263 **Demokratiefördergesetz jetzt:** In der Zivilgesellschaft leisten engagierte
264 Menschen in unterschiedlichen Initiativen unschätzbar wertvolle Arbeit für
265 unsere Demokratie, die endlich auch verlässlich finanziert werden muss. Es ist
266 höchste Zeit, dass das Demokratiefördergesetz kommt. Wenn wir
267 verfassungsfeindliche Ideologien erfolgreich an der Wurzel bekämpfen wollen,
268 brauchen wir leistungsfähige zivilgesellschaftliche Organisationen, die diese
269 Arbeit auch in der Fläche leisten können.

270 **Förderung der Medienkompetenz:** Wir setzen uns für eine umfassende Stärkung
271 der digitalen Bildung ein. Unser Ziel ist es, kritisches Denken, Faktenprüfung,
272 die Sensibilisierung für Techniken der Manipulation und den verantwortungsvollen
273 Umgang mit Medien als Querschnittskompetenz in unserem Bildungssystem zu
274 verankern – von der Kita bis zur Erwachsenenbildung. Über den Digitalpakt 2.0
275 hinaus muss der Bund die Länder hierbei dauerhaft unterstützen. Dabei
276 orientieren wir uns am Beispiel Finnlands, das einen gesamtgesellschaftlichen
277 Ansatz verfolgt: Zivilgesellschaftliche Organisationen werden aktiv an
278 Entwicklung und Umsetzung von Lernprogrammen beteiligt – dies trägt zur
279 Zusammenarbeit von beispielsweise Schulen, Bibliotheken, Universitäten und NGOs
280 bei. Zusätzlich fördern wir Initiativen zur lebenslangen digitalen Bildung, um
281 Menschen aller Altersgruppen für die Gefahren von Desinformation zu
282 sensibilisieren.

283 **Unterstützung der Zivilgesellschaft:** Wir fördern aktiv die Zusammenarbeit mit
284 zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich im Bereich der Bekämpfung von
285 Desinformation engagieren. Dies umfasst finanzielle Unterstützung für Projekte
286 zur Aufklärung über Desinformation, die Bereitstellung von Ressourcen für Fact-
287 Checking-Initiativen und die Förderung von Netzwerken zum Austausch bewährter
288 Praktiken. Zudem unterstützen wir Bewegungen, die sich für digitale Aufklärung
289 in ihren Gemeinschaften einsetzen. Als Vorbildmodell können wir von
290 Organisationen aus Taiwan zahlreiche wirksame Methoden lernen und auf die
291 Situation in Deutschland und Europa anpassen. Unser Ziel muss es sein, diese
292 zersetzenden autoritären Kräfte aufzudecken und den digitalen Raum weiter für
293 demokratische Diskurse zu nutzen. Mit der Verabschiedung der Strategie für die
294 internationale Digitalpolitik hat die Bundesregierung klargestellt, dass sie
295 sich den Herausforderungen bewusst ist und es Unterstützung für
296 zivilgesellschaftliche Organisationen zur Zusammenarbeit gegen Desinformationen
297 braucht.

298 **Forschungsförderung:** Die Forschung zur Wirkung von Desinformation und deren
299 Bekämpfung muss intensiviert werden. Wir setzen uns für eine verstärkte
300 Förderung entsprechender Forschungsprojekte ein, einschließlich
301 interdisziplinärer Studien, die Erkenntnisse aus Psychologie,
302 Kommunikationswissenschaften, Informatik und Politikwissenschaft zusammenführen.
303 Besonderes Augenmerk legen wir auf die Erforschung der langfristigen
304 gesellschaftlichen Auswirkungen von Desinformation und die Entwicklung von
305 Gegenstrategien.

306 **Fortsetzung der Bürger*innenbeteiligung:** Die Einbindung der Bürger*innen in
307 den Prozess der Bekämpfung von Desinformation muss fortgesetzt und intensiviert
308 werden. Wir fördern Bürgerdialoge, partizipative Workshops und Online-

309 Plattformen, die es der Bevölkerung ermöglichen, sich aktiv an der Entwicklung
310 von Strategien gegen Desinformation zu beteiligen, zu stärken. Durch diese
311 Einbindung stärken wir nicht nur das demokratische Bewusstsein, sondern nutzen
312 auch das kollektive Wissen und die Erfahrungen der Bürger*innen im Umgang mit
313 Falschinformationen.

314 **Journalismus-Förderung:** Ein starker öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist eine
315 unverzichtbare Säule einer Medienlandschaft, die sich Desinformation
316 entgegenstellt. Wir wollen ihn stärken und reformieren. Seine regional
317 verankerten, hochwertigen journalistischen Angebote sind wesentliche Grundlage
318 für die Meinungsbildung, die offene Debatte und die kulturelle Bereicherung in
319 einer demokratischen Gesellschaft. Unverzichtbarer Bestandteil einer resilienten
320 Gesellschaft, die Desinformation erkennt und widersteht, ist eine vielfältige
321 und qualitativ hochwertige freie Presse. Wir streben deshalb an, durch geeignete
322 Instrumente die Wettbewerbssituation für journalistische Angebote – besonders im
323 Netz – zu verbessern und praktikable Finanzierungsinstrumente zur Stärkung
324 journalistischer Inhalte, Entwicklung zukunftsfähiger Geschäftsmodelle und einer
325 flächendeckenden Versorgung mit journalistischen Angeboten zu entwickeln,
326 besonders in ländlichen Regionen. Als mögliche Ansätze dafür sehen wir die
327 Anerkennung der Gemeinnützigkeit für Non-Profit-Journalismus, eine Förderung der
328 digitalen Transformation der Presselandschaft und eine Förderung von
329 Journalist*innen durch Stiftungsmodelle fördern, ähnlich wie in den nordischen
330 Ländern.

Beschluss (vorläufig) Es ist an der Zeit: Selbstbestimmung gesetzlich verankern

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2024
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

Antragstext

1 Die Selbstbestimmung über den eigenen Körper und das Recht auf körperliche
2 Unversehrtheit sind Grundrechte, die für alle gelten müssen. Dennoch werden
3 Millionen von Frauen tagtäglich durch Misogynie, häusliche Gewalt und Femizid
4 bedroht und ihrer Rechte beraubt. Zur Selbstbestimmung gehört ganz wesentlich
5 das Recht auf Zugang zu sicheren und legalen Schwangerschaftsabbrüchen. Das ist
6 seit jeher die Position von Bündnis 90/ Die Grünen. Schwangere brauchen für
7 diese Entscheidung gute Beratungs- und Versorgungsstrukturen, die sie
8 unterstützen, und keine Bevormundung, Stigmatisierung oder Drohungen mit dem
9 Strafrecht. Die aktuelle Regelung von 1995 steht, seit sie verabschiedet wurde,
10 zu Recht in der Kritik, denn sie ist und war nie ein guter Kompromiss. Es gab
11 nie eine ernsthafte Abwägung zwischen dem Schutz ungeborenen Lebens und dem
12 Recht der Schwangeren auf Selbstbestimmung über ihren eigenen Körper. Diese
13 Regelung hat Frauen stigmatisiert und die Versorgungslage verschlechtert, da sie
14 zum Beispiel verhindert, dass der Eingriff in der medizinischen Ausbildung
15 gelehrt wird. Bis heute beschneidet sie die Selbstbestimmung von Frauen und
16 sorgt für Stigmatisierung und Druck in einer für manche ohnehin belastenden
17 Situation. Mit ihr wurde zudem die Chance vertan, nach der Wiedervereinigung zu
18 einer guten Neuregelung zu kommen. Für die Frauen in Ostdeutschland bedeutete
19 das - nach einer Fristenlösung in der DDR - einen enormen Rückschritt. Zu diesem
20 Schluss kommt auch die unabhängige Kommission, die von der Bundesregierung
21 eingesetzt und mit Wissenschaftler*innen aus unter anderem Medizin, Psychologie,
22 Ethik und Recht besetzt war. Sie empfiehlt in ihrem Bericht zur Reform des §218
23 StGB, nach Abwägung insbesondere der ethischen, medizinischen und juristischen
24 Aspekte, zum einen, dass Schwangerschaftsabbrüche innerhalb der ersten zwölf
25 Wochen erlaubt werden sollten. Zum anderen betont sie die Wichtigkeit der
26 Prävention, damit es gar nicht erst zu ungewollten Schwangerschaften kommt.
27 Staat und Gesellschaft müssen dafür sorgen, dass Schwangere in dieser Situation
28 eine gute wohnortnahe und vielfältige Versorgungslage vorfinden, zum einen was
29 die Einrichtungen betrifft, die die Abbrüche vornehmen, aber auch was die
30 Beratungsstellen betrifft. Die Entkriminalisierung von sicheren und
31 selbstbestimmten Schwangerschaftsabbrüchen ist die Voraussetzung für eine gute
32 reproduktive Gesundheitsversorgung. Jetzt gilt es, diese eindeutigen Ergebnisse
33 schnellstmöglich umzusetzen.

34 Aufklärung und Präventionsarbeit

35 Dazu gehören eine umfassende Sexuaufklärung, Schulungen und Beratungen.
36 Ärztlich verordnete Verhütungsmittel sollten kostenfrei und Teil des GKV
37 Leistungskatalogs sein. Ziel muss eine kinderfreundliche Gesellschaft sein, in
38 der jedes Kind, auch wenn es eine Behinderung hat, willkommen ist und
39 Unterstützung erfährt durch inklusive und familienfreundliche Strukturen,
40 insbesondere auch für Alleinerziehende.

41 **Eine Fristenregelung für Schwangerschaftsabbrüche außerhalb des**
42 **Strafgesetzbuches verankern und Abbrüche in der Frühphase (12 Wochen)**
43 **legalisieren**

44 Zudem muss sichergestellt werden, dass es ausreichend Einrichtungen gibt, die
45 diesen Eingriff mit der von der Schwangeren gewünschten Methode vornehmen
46 können. Die Krankenkassen sollen die Kosten für diese Eingriffe übernehmen und
47 der Eingriff soll nach der Legalisierung Teil des Leistungskatalogs werden.

48 **Die derzeitige Beratungspflicht in ein Recht auf Beratung umwandeln**

49 Ungewollt Schwangere müssen bei Bedarf auf ein umfangreiches, flächendeckendes,
50 gut erreichbares und plurales Beratungsangebot zurückgreifen können. Eine
51 Beratungspflicht innerhalb einer Wartezeit vor der Durchführung des
52 Schwangerschaftsabbruches ist aber das Gegenteil von Selbstbestimmung. Anstelle
53 einer Pflichtberatung für ungewollt Schwangere setzen wir uns für ein Recht auf
54 eine freiwillige und kostenfreie Beratung im Schwangerschaftskonflikt ein.

55 **Die Versorgung durch eine verbesserte Ausbildung und Weiterbildung von**
56 **Ärzt*innen verbessern**

57 Schwangerschaftsabbrüche sind der häufigste gynäkologische Eingriff. Deshalb
58 muss das praktische Erlernen von allen Methoden des Schwangerschaftsabbruchs als
59 fester Bestandteil der fachärztlichen Weiterbildung zur Frauenheilkunde und
60 Geburtshilfe gehören. Vor- und Nachsorge sollten Gegenstand der Ausbildung von
61 medizinischem Personal sein. Zudem muss die medizinische Versorgung von trans*
62 und nichtbinären Personen im Kontext von Schwangerschaftsabbrüchen verbessert
63 und sichergestellt werden.

64 Über alle weiteren Punkte, die der Bericht in das Ermessen des Gesetzgebers
65 gestellt hat, werden wir als Gesellschaft und auch im Parlament miteinander ins
66 Gespräch gehen müssen. Unsere Position ist dabei klar – für Selbstbestimmung und
67 gegen Bevormundung. Wir wollen diese Diskussion aber nicht gegeneinander,
68 sondern miteinander führen in einem Austausch über Generationen und über
69 Parteigrenzen hinweg. Jetzt gilt es jedoch, die Chance auf eine neue Regelung zu
70 nutzen.

71 Es geht um die Würde und Freiheit von Frauen.

Beschluss (vorläufig) Für eine Migrations- und Asylpolitik der humanitären Vernunft

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2024
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

Antragstext

1 Deutschland ist ein Einwanderungsland und das ist auch gut so. Wir wissen, dass
2 unser Land auch so stark ist, weil viele Menschen in den letzten Jahrzehnten zu
3 uns gekommen sind und hier mit anpacken.

4
5 Gleichzeitig suchen viele Menschen Schutz in Deutschland und Europa. Der
6 russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat die größte Fluchtbewegung in Europa
7 seit dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst. Auch der Konflikt im Nahen Osten hat
8 Millionen Menschen in Israel, Gaza, der Westbank und dem Libanon vertrieben.
9 Menschen fliehen aus Kriegs- und Krisengebieten wie Afghanistan oder Syrien
10 aufgrund von Terror, Krieg oder politischer Verfolgung. Bund, Länder und
11 Kommunen haben in den zurückliegenden Jahren hart daran gearbeitet, den
12 Menschen, die zu uns kommen, eine Unterkunft zu geben und sie zu versorgen.
13 Insbesondere die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung der Kommunen von den
14 Bürgermeister*innen bis zu den Sachbearbeiter*innen - sowie die vielen
15 Freiwilligen haben dabei Unschätzbares geleistet. Ihnen allen gilt unser Dank.

16
17 Insbesondere dort, wo es schon bisher an bezahlbarem Wohnraum fehlte, an
18 Personal bei der Kinderbetreuung und in Behörden, haben sich die
19 Herausforderungen verstärkt. Die Situation ist für viele herausfordernd, für
20 einige überfordernd. Integration wird in den Kommunen geleistet. Wir wollen uns
21 gemeinsam der Aufgabe stellen, die Asyl- und Migrationspolitik so zu gestalten,
22 dass Aufnahme und Integration vor Ort gelingt, das Asylrecht erhalten und der
23 Zusammenhalt in der Gesellschaft wieder gestärkt wird.

24
25 Die realen Probleme in einem Teil der Kommunen aber auch eine hektische
26 Migrationsdebatte, gezielte Stimmungsmache oder unrealistische Forderungen haben
27 dazu geführt, dass die Ablehnung des Asylrechts, Diskriminierung und Spaltung
28 zugenommen haben. Dabei wird "Migration" oft zu Unrecht als einfache Erklärung
29 für komplizierte gesellschaftliche Probleme instrumentalisiert. Diese Erzählung
30 wird von Rechten bewusst verbreitet und trifft besonders dort auf fruchtbaren
31 Boden, wo Vertrauen in die Regierung verloren gegangen ist oder Angst vor einem
32 sozialen Abstieg herrscht. Auch bei angespannter Haushaltslage muss der
33 Zusammenhalt in unserer Gesellschaft verteidigt und die Voraussetzung für
34 Integration geschaffen werden. Ausgrenzung, Hass und Desinformation stellen wir
35 uns entgegen. Wir setzen auf Aufklärung, Unterstützung vor Ort, auf die
36 Bekämpfung von Fluchtursachen und europäische Zusammenarbeit in der Asylpolitik.
37 Aber für uns ist auch klar, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt auch auf
38 Gerechtigkeit und Wohlstand in der Gesellschaft aufbauen muss.

39 Wir stellen uns den realen Herausforderungen ebenso wie der Angst und den
40 Zweifeln vieler Menschen. Angst haben Menschen eben nicht nur, wenn sie aus
41 anderen Ländern kommen und zweifeln,

42 ob sie in Deutschland noch willkommen sind. Viele Menschen in unserem Land haben
43 inzwischen auch Sorgen und Ängste, dass Fluchtmigration negative Konsequenzen
44 für sie hat. Solche Vorurteile werden auch durch die grausamen islamistischen
45 Terroranschläge Einzelner gezielt verstärkt. Dem Schüren dieser Ängste müssen
46 wir uns entschlossen entgegenstellen.

47
48 Gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht und zerfällt eben nicht nur in
49 Maßnahmen, Zahlen und Durchschnittswerten, sondern auch in Gefühlen. Diese
50 müssen wir anerkennen und beachten, sie dürfen jedoch nicht zu irrationaler
51 Politik oder Scheinlösungen führen.

52 Allzu oft werden in letzter Zeit politische Erwartungen geweckt, die Politik gar
53 nicht erfüllen kann. Wir wollen uns dem nicht anschließen, sondern Leid und
54 Chaos einer Politik der Humanität, Ordnung und einem rechtsstaatlichen Umgang
55 mit Fluchtmigration entgegensetzen, der verhindert, dass bereits marginalisierte
56 Gruppen weiter benachteiligt und entrechtet werden. Das Asylrecht kann praktisch
57 nicht einfach abgeschafft werden, ein Aufnahmestopp oder systematische
58 Zurückweisungen sind weder rechtlich noch praktisch in einer Demokratie
59 umsetzbar und schon deswegen nicht Ziel grüner Politik. Besonders aus deutscher
60 Sicht ist eine Forderung nach der Abkehr vom individuellen Anspruch auf eine
61 rechtsstaatliche Prüfung eines Schutzgesuches geschichtsvergessen.

62 Wir sind bereit, über die besten Lösungen zu diskutieren und stellen uns den
63 schwierigen Fragen. Für Scheinlösungen stehen wir nicht zur Verfügung. Dabei
64 sind manche Abwägungen nicht einfach zu entscheiden. Forderungen müssen stets
65 rechtlich umsetzbar sein und tatsächliche Verbesserungen bringen. Wir stellen
66 uns gegen reine Symbolpolitik und einen Kurs der Asylrechtsverschärfungen nur zu
67 Lasten der schutzsuchenden Menschen, sondern treten für Humanität ein. In der
68 Regierung haben wir dafür gekämpft, dass unser Einwanderungsland funktioniert:
69 Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, mit dem Chancenaufenthaltsrecht
70 oder dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz haben wir hier die Weichen gestellt. Auch
71 mit dem Spurwechsel, der Ausweitung anwaltlichen Beistands in der Abschiebehäft
72 oder bei der Finanzierung von Seenotrettung haben wir durch harte Kompromisse
73 grüne Erfolge errungen, für die wir über Jahre hinweg gekämpft haben.

74
75 Bei unserem Eintritt in die Regierung haben wir Grundlagen der Visavergabe
76 vorgefunden, die umständlich, langwierig und ineffizient waren. Das haben wir in
77 der Regierung vom Kopf auf die Füße gestellt. Wir arbeiten mit Digitalisierung
78 daran, Visaverfahren zu beschleunigen und Wartezeiten von teilweise weit über
79 einem Jahr auf nahezu null zu setzen. Das ist uns beispielsweise in Indien
80 bereits gelungen. Auf diesen Erfolgen wollen und können wir aufbauen und
81 weiterhin für eine Migrationspolitik eintreten, die einem Einwanderungsland
82 gerecht wird.

83
84 Doch in letzter Zeit befinden wir uns angesichts einer aufgeheizten
85 gesellschaftlichen Debatte in der Defensive. Grüne Ideen zur Asyl- und
86 Migrationspolitik sind an vielen Stellen noch nicht mehrheitsfähig.

87
88 Wir haben allen Grund selbstbewusst zu sein. Wir Grüne haben seit unserer
89 Gründung für die Rechte von Geflüchteten und eine offene
90 Einwanderungsgesellschaft gekämpft. Wir sind die Partei, die den Perspektiven
91 von Geflüchteten und den Anliegen von Minderheiten unter den Einwander*innen

92 eine Stimme gegeben hat. Differenzierte, sachliche Antworten in der
93 Migrationspolitik sind nicht immer populär, aber heute dringender notwendig denn
94 je. Kompromisse müssen immer im Rahmen der Menschenrechte und der
95 rechtsstaatlichen Grundsätze geschlossen werden.

96
97 Die aktuelle Stimmung und Probleme entstanden nicht durch eine grüne Asyl- und
98 Migrationspolitik - im Gegenteil: Die Innenpolitik in Bund und Land verantworten
99 bisher nur Minister*innen aus anderen Parteien. Seit inzwischen vielen Jahren
100 werden in Europa teils nach immer gleichen Mustern härtere und oft
101 dysfunktionale Maßnahmen gefordert und beschlossen, Deals mit schwierigen
102 Partnern geschlossen und in Abschottungspolitik investiert. Das wurde immer
103 wieder mit dem Versprechen verbunden, dass es bald geordneter zugeht und
104 Rechtspopulismus an Rückhalt verliert.

105
106 Für uns ist klar: Abschottung löst keine Probleme. Die Übernahme von
107 rechtsextremen oder populistischen Positionen löst keine Probleme. Im Gegenteil:
108 Gerade Rechtsextreme profitieren davon, wenn man sich ihrem Populismus in
109 Wortwahl oder Vorschlägen annähert, statt die Herausforderungen gut zu
110 vermitteln, Probleme zu lösen und Empathie zu erzeugen. Das haben auch die
111 letzten Wahlen gezeigt. Unser Weg ist ein anderer.

112
113 Hoffnung geben uns neben den vielen engagierten Haupt- und Ehrenamtlichen auch,
114 dass Anfang des Jahres so viele Menschen wie nie zuvor in Deutschland auf die
115 Straße gegangen sind, um ein Zeichen für eine offene, vielfältige Gesellschaft
116 und gegen Rechtsextremismus zu setzen. Wir wissen: Aufnahme und Teilhabe
117 funktionieren, wenn alle an einem Strang ziehen und der politische Wille
118 vorhanden ist. Deshalb begegnen wir den derzeitigen Herausforderungen mit
119 konstruktiven und praxisnahen Vorschlägen. Dafür setzen wir uns jetzt und auch
120 zukünftig mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften ein - gerade auch auf
121 kommunaler Ebene. Vorurteile können auch über Sprache und Begriffe verstärkt
122 werden. Wir benennen die Dinge klar und verständlich, ohne damit Menschen zu
123 diskriminieren oder falsche Eindrücke zu verstärken.

124
125 Vulnerable Personengruppen, wie etwa Menschen mit Behinderungen, Minderjährige
126 und LGBTIQ* müssen besonders geschützt werden. Dazu gehört auch, dass z.B.
127 Alleinerziehende, pflegende Angehörige und Menschen mit Behinderung endlich
128 gleichberechtigten und unbürokratischen Zugang zum Erwerb der deutschen
129 Staatsbürgerschaft erhalten.

130 Es ist Zeit für eine neue Asyl- und Migrationspolitik, eine die endlich
131 funktioniert und Humanität und Ordnung verbindet. Eine, die sich Realitäten wie
132 überforderten Kommunalverwaltungen stellt, die Menschenrechte als Vorteil
133 begreift und die Würde der Menschen in und außerhalb Europas ins Zentrum stellt.

134 135 **1. Säule: listen to the science**

136 Zu oft wirkt Politik ratlos im Umgang mit Herausforderungen und versucht Symbole
137 zu setzen. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den diversen Problemen auf
138 verschiedenen Ebenen wird so verhindert. Dabei gibt es in unserem Land so viel
139 Expertise, auf die wir zurückgreifen könnten.

140 Wir wollen daher, dass am Kanzleramt, unter Einbeziehung aller relevanten
141 Ressorts, ein Gremium mit Expert*innen aus Wissenschaft, Forschung, der
142 kommunalen Praxis und Betroffenen eingerichtet wird. Das Gremium soll
143 fortlaufend und vorausschauend beraten. So zeigen wir Antworten und Lösungswege
144 für politische Prozesse auf. Mögliche Fragestellungen könnten sein: Was brauchen
145 Kommunen konkret? Wo und wie gelingt Integration am besten? Welche Möglichkeit
146 gibt es, Fluchtursachen zu bekämpfen, damit weniger Menschen zu uns fliehen
147 müssen? Wie können wir sicherstellen, dass Menschen nicht mehr von Schleusern
148 abhängig sind? Wie können wir die Europäische Verteilung verbessern? Woran hakt
149 es bei der Arbeitsaufnahme noch? Andere Fragen sollten ergänzt werden, alles
150 kann auf den Tisch.

151 Aber Politik wird nicht besser, wenn man der Wissenschaft immer schlechter
152 zuhört. Es gibt viele Lehrstühle, Gremien und Institute und Räte, aber sie
153 sollten endlich von der Politik gehört werden - ebenso wie die praktischen
154 Erfahrungen vor Ort. Die Vorschläge des Gremiums sollen im parlamentarischen
155 Prozess beraten und diskutiert werden. Ob sie am Ende umgesetzt werden,
156 entscheidet natürlich die Politik. Wir können und sollten unterschiedlicher
157 Meinung zu politischen Forderungen sein - aber die Forderungen sollten endlich
158 wieder evidenzbasiert sein.

159
160 Wir wollen einen Pakt für gesellschaftlichen Zusammenhalt schließen. Dieser Pakt
161 soll dafür sorgen, dass unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen sich zuhören
162 und verstehen können. Denn auch das ist die Grundlage für gesellschaftlichen
163 Zusammenhalt. Außerdem müssen Gesetze auf ihre Folgen überprüft werden, damit
164 sichergestellt ist, dass sie mit Grund- und Europarecht im Einklang stehen,
165 nicht diskriminieren und die gewollten Ziele erreichen.

166 **2. Säule: internationale Zusammenarbeit** 167 **vorantreiben**

168 Wir wollen die komplexen Ursachen für Flucht und Migration in einem umfassenden
169 Ansatz gemeinsam mit den Herkunfts- und Transitländern bearbeiten. Die
170 wichtigsten Auslöser sind bewaffnete Konflikte und Verfolgung aus politischen,
171 ethnischen oder religiösen Gründen. Eine Lehre aus den Jahren vor 2015 ist, dass
172 Deutschland und die EU ihre internationale Verantwortung nicht nochmal
173 verdrängen dürfen. Wir gehen gegen fehlende wirtschaftliche Perspektiven und
174 unwürdige Arbeitsbedingungen vor, die ebenfalls Menschen zum Verlassen ihres
175 Landes veranlassen. Deshalb haben wir uns erfolgreich für das deutsche und
176 europäische Lieferkettengesetz eingesetzt, um Menschenrechts- und
177 Nachhaltigkeitsstandards in unseren Lieferketten zu verankern. Hinzu kommen die
178 sich verschärfende Klimakrise sowie strukturelle Ursachen, die in
179 wirtschaftlichen und sozialen, aber auch politischen Unsicherheiten liegen.

180
181 Die Klimakrise ist an vielen Orten längst Realität. Trotz all unserer
182 Anstrengungen wird diese Krise Menschen zwingen, ihre Heimat zu verlassen. Die
183 EU sollte die betroffenen Staaten deshalb bei den notwendigen
184 Anpassungsmaßnahmen unterstützen - gerade weil sie historisch eine besondere
185 Verantwortung für klimaschädliche Treibhausemissionen tragen. Europa sollte
186 zusammen mit anderen Industriestaaten vorangehen und über internationale

187 Regulation im Rahmen des Völkerrechts zum Umgang mit klimabedingter Migration,
188 Flucht und Vertreibung sowie zum Zugang zu internationalem Schutz beraten. Die
189 internationale Entwicklungszusammenarbeit, die Klimafinanzierung, und den Fonds
190 gegen Klimaschäden wollen wir stärken.

191
192 Wir wollen keine Welt, in der Menschen erst nach Europa fliehen müssen, um in
193 Sicherheit zu sein und Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu haben. Wir wollen
194 vorher ansetzen. Deswegen treten wir dafür ein, Arbeitsmigration zu
195 vereinfachen, Migrationspartnerschaften auf Augenhöhe zu schließen,
196 Fluchtursachen zu bekämpfen und Geflüchtete in ihren Heimatregionen besser zu
197 unterstützen. In der EU-Entwicklungszusammenarbeit setzen wir uns dafür ein,
198 dass Gelder der Förderung nachhaltiger Entwicklungsziele dienen. Die vorgesehene
199 Begrenzung für Ausgaben im Bereich von Migration soll eingehalten und für
200 sichere Zugangswege eingesetzt werden. Krisenprävention, humanitäre Hilfe und
201 beispielsweise Wiederaufbau in Krisenregionen sind ein zentrales Element unserer
202 Migrationspolitik. In den Maßnahmen und Abkommen muss zwischen Fluchtmigration
203 und Arbeitsmigration unterschieden werden.

204 Deutschland und Europa sind auf Migration in den Arbeitsmarkt angewiesen. Ohne
205 maßgebliche Migration würden unsere Sozialsysteme, die Renten, die
206 Gesundheitsversorgung nicht zu erhalten sein. Freiheit, Demokratie und Wohlstand
207 sind durch Abschottung in Gefahr. Gleichzeitig wollen wir Fluchtmigration besser
208 ordnen und steuern, denn das Leid und Chaos durch lebensgefährliche Fluchtrouten
209 ist nicht hinnehmbar. Wir wollen wissen, wer nach Europa kommt und wir wollen
210 sichere Fluchtwege, damit niemand auf lebensgefährlichen Wegen nach Europa
211 kommen muss, um Schutz zu finden.

212 Dazu setzen wir auch auf menschenrechtsorientierte und gerechte
213 Migrationspartnerschaften. Mit Visaerleichterungen und
214 Ausbildungspartnerschaften erhalten Partnerstaaten eine Aussicht auf sichere
215 Migrationswege und garantieren im Gegenzug beispielsweise eine sichere Rückkehr
216 ihrer Staatsangehörigen. Nur durch umfassende Abkommen kann die Akzeptanz für
217 die Vereinbarungen, Rückführungen und geordnete und sichere Migration geschaffen
218 werden. Sie dürfen nicht von finanzieller Unterstützung der
219 Entwicklungszusammenarbeit abhängig gemacht werden. Internationale
220 Zusammenarbeit, wirtschaftliche Vorteile oder Visaerleichterungen dürfen nicht
221 einseitig migrationspolitischen Interessen untergeordnet werden. Mehr geregelte
222 Migration ermöglicht weniger unregelmäßige Migration und die dadurch
223 lebensgefährliche Flucht. Das ist nicht nur im Interesse der Betroffenen, die
224 zumeist keine Alternative zu den aktuellen Fluchtrouten haben, sondern auch in
225 unserem Interesse. Wir bauen auf mehr Transparenz der Abkommen für Parlamente
226 und Öffentlichkeit sowie auf Beteiligung der Zivilgesellschaft.
227 Migrationspartnerschaften sollen die zwischenstaatliche Mobilität stärken. Dabei
228 ist uns wichtig, dass auch Frauen endlich gleichberechtigten Zugang zu Mobilität
229 erhalten, denn aktuell sind sie oft benachteiligt. Der Abschluss von
230 Migrationsabkommen mit Herkunfts- und Transitstaaten muss auf Augenhöhe
231 erfolgen. Die Abkommen sollen der Bevölkerung Perspektiven geben und keine
232 autokratischen Regime stärken.

233
234 Bei funktionierenden Abkommen wie der Westbalkanregelung haben wir uns
235 erfolgreich für eine Verstärkung ausgesprochen, aber einige der aktuellen
236 Vereinbarungen erreichen ihre Ziele nicht oder erzeugen neue Fluchtursachen und

237 Leid. Sie schützen Menschenrechte nicht, umgehen parlamentarische Verfahren,
238 schaffen Abhängigkeiten von Diktatoren und erzeugen regelmäßig neue
239 Fluchtursachen. Wenn Geflüchtete von Behörden misshandelt, vergewaltigt oder in
240 die Wüste getrieben werden, ist das schockierend und muss entschiedene
241 politische und strafrechtliche Konsequenzen haben.

242
243 Deswegen setzen wir uns für Alternativen zu den bestehenden "Abkommen" mit
244 Ländern wie Tunesien oder Libyen ein. Bei Migrationsabkommen dürfen die
245 Menschenrechte, das Völkerrecht, die Rechtsstaatlichkeit und die Würde von
246 Geflüchteten nicht auf dem Verhandlungstisch liegen. Das Ergebnis der
247 zukünftigen Migrationspartnerschaften muss sein, dass sie die Lebenssituation
248 vor Ort verbessern, sowie geordnete Wege in den Arbeitsmarkt und zur
249 Bildungsmigration schaffen. Nur so werden wir die ungeordnete und oft
250 lebensgefährliche Migration nach Europa wirksam und
251 langfristig reduzieren können.

252
253 Es sollte beispielsweise eine nachhaltige Vereinbarung mit der Türkei geben. Das
254 Ziel dieses Abkommens muss sein, die notwendige finanzielle und logistische
255 Unterstützung für die Millionen syrischen und afghanischen Geflüchteten in der
256 Türkei sicherzustellen und die unrechtmäßigen Abschiebungen in die
257 Herkunftsländer zu unterbinden. Rechtsstaatlichkeit und die Achtung des
258 Völkerrechts müssen dabei stets beachtet werden. Im Gegenzug könnte die
259 geregelte humanitäre Aufnahme über Kontingente in Europa, eine Visa-
260 Liberalisierung für Kurzzeitvisa und erleichterte Arbeitsmigration analog zur
261 Westbalkanregelung sein - ohne die Türkei zum sicheren Herkunftsland oder
262 sicherem Drittstaat zu erklären. Wenn türkische Staatsangehörige ohne Probleme
263 im Schengenraum Urlaub machen oder einen Job suchen könnten, wäre der
264 Freiheitsgewinn enorm. Gleichzeitig müsste sich die Türkei verpflichten,
265 Bedingungen für die Visaliberalisierung zu akzeptieren. Dazu würden Fragen der
266 Menschenrechtssituation in der Türkei zählen, oder auch die sichere Rücknahme von
267 türkischen Staatsangehörigen, die keinen Schutzstatus haben und nicht die
268 Voraussetzungen für Arbeits- oder Bildungsmigration erfüllen. Dabei muss
269 sichergestellt werden, dass der Zugang zu Schutz durch solche Abkommen für
270 politisch Verfolgte und andere Schutzberechtigte einfacher und nicht schwerer
271 werden soll.

272 Der Kriminalisierung der humanitären Hilfe für schutzsuchende Menschen an Land
273 und der zivilen Seenotrettung stellt sich unsere Partei weiterhin geschlossen
274 entgegen. Für diese Position wollen wir Rechtssicherheit schaffen. Deswegen
275 setzen wir uns auf allen Ebenen dafür ein, dass ein eindeutiger
276 Tatbestandsausschluss für alle Fälle humanitärer Unterstützung eingeführt wird,
277 sodass humanitäre Hilfe und Flucht nicht kriminalisiert werden können.

278 **3. Säule: Europäische Asylpolitik verbessern**

279 Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern wollen wir zufriedenstellende
280 Antworten auf Flucht und Migration nach Europa finden. Unser Leitgedanke bleibt,
281 dass im Mittelpunkt europäischer Politik der Mensch in seiner Würde und Freiheit
282 stehen muss. Wir wollen, dass Menschenrechte überall und jederzeit eingehalten
283 werden - sie sind unverhandelbar. Wir verteidigen das Grundrecht auf Asyl und
284 unsere internationalen Verpflichtungen wie die Genfer Flüchtlingskonvention.

285 Wir setzen uns seit vielen Jahren für funktionierende und menschenwürdige EU-
286 Asylpolitik ein, bei der alle EU-Staaten einen fairen Beitrag für einen
287 solidarischen Umgang mit Fluchtmigration leisten müssen.

288 Unsere Haltung ist klar: Das Recht auf Einzelfallprüfung und das
289 Nichtzurückweisungsgebot gelten immer und überall. Der Asylantrag von Menschen,
290 die in der EU ankommen oder bereits hier sind, muss in der EU inhaltlich geprüft
291 werden. Wir stellen uns der Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten
292 entgegen, denn immer wieder hat sich gezeigt, dass diese Initiativen am Ende
293 viel Steuergeld kosten, vor Gerichten scheitern und von tatsächlichen Lösungen
294 ablenken. Erneute Haftlager wie Moria an den Grenzen, die die Würde und die
295 Rechte von Schutzsuchenden verletzen, müssen verhindert werden. Kinder müssen
296 kindgerecht untergebracht und versorgt werden. Haft ist mit dem Kindeswohl
297 grundsätzlich nicht vereinbar.

298 Pushbacks verstoßen gegen europäisches und internationales Recht und müssen
299 politisch und rechtlich scharf bekämpft werden. Solche Straftaten müssen
300 Konsequenzen haben, womöglich auch vor deutschen Gerichten. Wer vor dem
301 Kriegsdienst flieht, beispielsweise um nicht für Putins völkerrechtswidrigen
302 Angriffskrieg zu kämpfen, sollte entsprechend der EuGH-Rechtsprechung Schutz in
303 Europa finden.

304 Uns eint der Wille, uns weiterhin mit aller Kraft für eine Verbesserung der
305 Situation für Schutzsuchende und eine bessere Organisation von Migration
306 einzusetzen. Wir wollen alles dafür tun, dass die neue EU-Asylreform nicht nur
307 Fluchtmigration besser organisiert, sondern auch die Situation von Menschen auf
308 der Flucht nach Europa nicht verschlechtert, sondern verbessert wird.

309 Mit dieser klaren Haltung und klaren Kriterien werden wir die beschlossenen
310 Rechtsakte der EU-Asylreform, wie jedes Recht, umsetzen.

311 Wir wollen, dass die Überwachung der Einhaltung der Grundrechte in der
312 Bundesrepublik Deutschland den Leitlinien der Agentur für Grundrechte der
313 Europäischen Union (FRA) entsprechend gesetzlich geregelt wird. Der unabhängigen
314 Nationalen Menschenrechtsinstitution Deutschlands müssen in diesem Zusammenhang
315 dauerhaft zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden.

316 Einzelne Mitgliedsstaaten versuchen bereits, sich durch nationale Alleingänge
317 aus dem europäischen Konsens zu verabschieden oder das Asylrecht auszulagern.
318 Wir kämpfen politisch für Verbesserungen und gegen eine Erosion des EU-Rechts.
319 Leid und Chaos setzen wir Humanität, Ordnung und einen rechtsstaatlichen Umgang
320 mit Fluchtmigration entgegen. Wir wollen eine solidarische und faire Verteilung
321 von Schutzsuchenden in Europa.

322 Die Aufnahmebedingungen müssen europaweit auf ein menschenwürdiges Niveau
323 angehoben werden, um Menschen nicht durch Armut, Obdachlosigkeit oder
324 Diskriminierung zur Sekundärmigration zu zwingen. Die besonderen Bedürfnisse
325 vulnerabler Gruppen wie beispielsweise Kinder, queerer Menschen oder Menschen
326 mit Behinderung müssen im Aufnahme- und Asylverfahren berücksichtigt werden. Bei
327 der Registrierung ist sicherzustellen, dass die entscheidende Bewertung der
328 Vulnerabilität von geschultem Fachpersonal durchgeführt wird.

329 Schon jetzt sollte von den zuständigen Mitgliedstaaten eine systematische und
330 rechtsstaatliche Registrierung der Schutzsuchenden eingefordert werden und
331 Schutzsuchende nicht unter unzumutbaren Bedingungen oder unverhältnismäßigen

332 Inhaftierungen in Grenzlagern festgehalten werden. Außerdem dürfen Menschen
333 nicht inhaftiert werden, nur weil sie Asyl beantragen. Das GEAS-Anpassungsgesetz
334 muss so ausgestaltet werden, dass jede Form der Inhaftierung von Kindern
335 ausgeschlossen wird. Kinder sollen grundsätzlich immer außerhalb geschlossener
336 Einrichtungen und unter Respekt der UN-Kinderrechtskonvention untergebracht
337 werden. Dabei sind für uns die Forderungen der Kinderrechtsorganisationen
338 zentral.

339 Im Gegenzug zur Registrierung sollte den Außengrenzstaaten Unterstützung bei der
340 Aufnahme von Schutzsuchenden angeboten werden. Nur so werden wir dauerhaft eine
341 bessere Verteilung in Europa und rechtsstaatlich kontrollierte Außengrenzen
342 sicherstellen können. Deshalb sollte Deutschland gemeinsam mit anderen Staaten
343 eine relevante Zusage zur Aufnahme schon im nächsten Jahr machen. Eine
344 Aufnahmezusage kann beispielsweise daran gekoppelt werden, ob weiterhin
345 unregistrierte Personen an der deutschen Grenze ankommen, die schon in anderen
346 EU-Staaten waren. Für jede unregistrierte Person an der Binnengrenze könnte das
347 Kontingent reduziert werden, um die Anreize zur Registrierung hoch zu halten. So
348 könnte schon im nächsten Jahr für eine bessere Verteilung gesorgt und das Chaos
349 an den Außengrenzen beendet werden. Hierfür ist keine weitere Änderung der
350 Rechtslage notwendig.

351 Bei der Umsetzung der GEAS-Reform werden wir uns mit all unseren Möglichkeiten
352 dafür einsetzen, dass Integration gefördert, rechtsstaatliche Verfahren
353 möglichst umfassend gewährleistet und keine zusätzlichen, unnötigen
354 Einschränkungen des Asylrechts stattfinden. Dazu zählt auch, dass die Einstufung
355 von sicheren Herkunftsländern und sicheren Drittstaaten weiterhin nur
356 parlamentarisch nach klaren grundrechts- und menschenrechtsorientierten
357 Kriterien getroffen werden darf.

358 Die Menschenrechtssituation an den Grenzen und bei den Asylverfahren muss engmaschig
359 überwacht werden, besonders um vulnerable Gruppen zu schützen. Wir wollen
360 sicherstellen, dass Schutzsuchende nicht unter unzumutbaren und
361 menschenunwürdigen Bedingungen in Lagern festgehalten werden.

362 Wir verteidigen unsere Demokratie und den Rechtsstaat gegen hybride Angriffe -
363 dazu zählt auch die Verteidigung des individuellen Rechts auf Asyl. Putins
364 Russland und Lukaschenkos Belarus missbrauchen das Leid von Geflüchteten für
365 geopolitische Interessen. Wir werden alle rechtsstaatlichen und politischen
366 Möglichkeiten ausschöpfen, um die Instrumentalisierung von Schutzsuchenden
367 insbesondere durch Staaten wie Russland und Belarus zu verhindern. Die
368 Entrechtung von Menschen, die durch autoritäre Staaten instrumentalisiert
369 werden, lehnen wir ab. Auch an der belarussischen Grenze verstoßen Pushbacks und
370 die entwürdigende Behandlung von Geflüchteten gegen europäisches und
371 internationales Recht. Wir werden auch die guten Beziehungen zu unseren
372 europäischen Partnern nutzen, um Instrumentalisierung und Pushbacks
373 entgegenzuwirken.

374 Grenzkontrollen an den Außengrenzen sind eine EU-Gemeinschaftsaufgabe, die
375 zunehmend von europäischen Beamt*innen übernommen werden sollte. Deswegen
376 wollen wir Frontex rechtsstaatlich weiterentwickeln. Dazu gehört, dass Frontex sich
377 nicht an menschenrechtswidrigen Einsätzen beteiligen darf und solche Einsätze
378 konsequent und zeitnah beenden muss, so wie es in der Frontex-Verordnung

379 vorgesehen ist. Gleichzeitig bedarf es einer engmaschigen parlamentarischen
380 Kontrolle von Frontex-Einsätzen. Es muss einfacher werden, Frontex und nationale
381 Behörden für Rechtsverstöße zur Rechenschaft zu ziehen. Opfer solcher
382 Rechtsverstöße, insbesondere an den Außengrenzen, brauchen juristische
383 Unterstützung. Statt auf Abschottung und Frontex-unterstützte Pullbacks im
384 Mittelmeer wie durch die libysche Küstenwache, setzen wir auf eine staatlich
385 koordinierte EU-Seenotrettung und die Unterstützung von zivilen
386 Seenotrettungsorganisationen.

387 **4. Säule: Asylrecht verteidigen**

388 Für uns steht fest, dass wir das Asylrecht als große Errungenschaft feiern und
389 als historische Verantwortung verteidigen. Zu den grünen Grundsätzen gehört
390 jedoch auch, dass nach einem erfolgreichen Asylantrag die großen
391 Herausforderungen in unserem Einwanderungsland noch bevorstehen. Es reicht
392 nicht, Menschen Schutz zu bieten, sie sollen auch Teil der Gesellschaft werden
393 und werden können.

394 Um das Grundrecht auf Asyl zu schützen und die gesellschaftliche Akzeptanz zu
395 stärken, müssen Aufnahme von Schutzbedürftigen, Steuerung und Ordnung von
396 Migration, wirksame Integration sowie sichere Rückkehr bei abgelehnten
397 Aslygesuchen zusammengedacht und durchgesetzt werden. Wir wollen Kapazitäten
398 aufbauen, die soziale Infrastruktur stärken und tragfähige Strukturen schaffen.
399 Wir treten dafür ein, dass die Möglichkeiten vor Ort überall wieder der
400 Herausforderung entsprechen. Ziel ist es, dass diese Menschen in ihren
401 Heimatländern eine sichere Perspektive haben und nicht auf der Suche nach einem
402 besseren Leben ihr Land verlassen müssen. Eine Obergrenze ist weder machbar noch
403 rechtens oder human.

404 Statt Länder politisch als sichere Dritt- oder Herkunftsstaaten einzustufen,
405 braucht es rechtssichere, schnelle und faire Verfahren, also unvoreingenommene
406 Asylverfahren und den Zugang zu einer unabhängigen Beratung während des
407 gesamten
408 Verfahrens. Staaten, in denen marginalisierte Gruppen wie queere Menschen
409 systematisch verfolgt werden, sind nicht sicher. Die Situation in eingestuftem
409 Ländern muss fortlaufend beobachtet und Änderungen berücksichtigt werden.

410 Aus dem Genozid an den Jesid*innen durch den sogenannten „Islamischen Staat“
411 erwächst eine besondere Verantwortung. Abschiebungen von Jesid*innen in den Irak
412 stellen wir uns darum konsequent entgegen. Wir stehen solidarisch an der Seite
413 aller Menschen, die weltweit für Demokratie und Menschenrechte kämpfen. Wir
414 fordern die Innenministerkonferenz (IMK) auf, dass der Abschiebestopp nach Iran
415 verlängert wird. Wir treten dafür ein, die Einschränkungen beim Familiennachzug
416 wieder aufzuheben.

417 Als Ergänzung des Asylsystems unterstützen wir humanitäre Aufnahmeprogramme und
418 Resettlement, wie mit dem Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan. Für Ortskräfte und
419 bedrohte Frauen- und Menschenrechtler*innen, die aus Afghanistan, nach Pakistan,
420 Iran oder in die Türkei geflohen sind, müssen humanitäre Visa unbürokratisch von
421 den Botschaften erteilt werden. Programme wie diese wollen wir aus unserer
422 humanitären Pflicht fort- und umsetzen. Wir wollen sichere Fluchtwege aus
423 Krisenregionen - auch im Nahen Osten. Wir stehen weiterhin zum Kirchenasyl.

424 **5. Säule: Integration in Deutschland ermöglichen**

425 Damit die Geschichte unseres Einwanderungslandes erfolgreich fortgeschrieben
426 wird, wollen wir politisch Verantwortung übernehmen. Gleichzeitig gewährt
427 Deutschland Schutzbedürftigen Schutz. Einwanderung in den Arbeitsmarkt und die
428 Aufnahme von Schutzbedürftigen sind grundsätzlich getrennt zu betrachten, denn
429 sie folgen unterschiedlichen Logiken. Arbeitsmigration folgt der Nachfrage nach
430 Arbeitskräften, die Aufnahme von Schutzsuchenden den humanitären
431 Verpflichtungen.

432 Migration braucht die entsprechende dauerhafte Infrastruktur in den Kommunen und
433 den Ländern. Dazu gehören ausreichend Plätze in den Erstaufnahmeeinrichtungen
434 der
435 Länder, in denen Geflüchtete möglichst nicht länger als drei Monate
436 untergebracht sein sollen und dauerhaften Wohnraum in den Kommunen. Die
437 dezentrale Unterbringung ist zu bevorzugen. Geflüchtete sollten Möglichkeiten
438 nutzen dürfen, aus einer Unterkunft auszuziehen. Familienbezüge und individuelle
439 Anknüpfungspunkte müssen berücksichtigt werden.

440 Wir treten für ein ausreichendes Angebot an ausfinanzierten Sprachkursen ein,
441 die direkt nach der Ankunft zugänglich sind. Bei diesen muss sichergestellt
442 sein, dass Barrieren für Teilhabe abgebaut werden, insbesondere für Frauen mit
443 Kindern, die beim Spracherwerb statistisch deutlich benachteiligt sind.
444 Der Zugang zum Bildungssystem und in die Arbeitswelt muss durch ausreichend
445 Mittel und
446 Personal sichergestellt sein. Bessere Integration wird nur gelingen, wenn
447 Integrationsmaßnahmen auch besser finanziert sind. Die Unterstützung von Eltern
448 und insbesondere Müttern bei der Kinderbetreuung ist zentral für gelingende
449 Integration - beispielsweise bei Sprachkursen.

450 Der Umgang mit Migration und Integration ist eine Aufgabe, die dauerhafte
451 Strukturen braucht.

452 Dabei muss es auch um Resilienz gehen, denn es wird immer wieder Jahre
453 geben, in denen mehr Menschen kommen und Jahre, in denen weniger Menschen
454 kommen.

455 Die Strukturen eines Einwanderungslandes müssen für diese Dynamiken gerüstet
456 sein. Die Ampel-Regierung hatte sich vorgenommen, 400.000 Wohnungen im Jahr zu
457 bauen. Wir treten dafür ein, dass das auch endlich Praxis wird und damit auch
458 der Mangel an bezahlbarem Wohnraum endlich angegangen wird. Die ausreichende
459 Finanzierung von Zivilgesellschaft und staatlicher Infrastruktur wie Gerichten
460 oder Behörden ist eine der Voraussetzungen für gelingende Integration. Eine
461 stärkere und dauerhafte Finanzierung der Unterbringung und Versorgung in unseren
462 Kommunen, die einen zentralen Teil der Integration leisten, sollte von Bund und
463 Ländern durch einen verbindlichen gesetzlichen Rahmen geregelt sein.

464 Wir stehen für soziale Teilhabe. Damit alle Menschen am Leben in unserer
465 Gesellschaft teilhaben und Integration gelingen kann, müssen hierfür auch die
466 Voraussetzungen geschaffen werden. Politische Maßnahmen dürfen nicht darauf
467 abzielen, das Leben von Geflüchteten zu erschweren, sondern die Integration zu
468 vereinfachen. Maßnahmen wie eine Bezahlkarte, müssen so ausgestaltet werden,
469 dass sie Bürokratie verringern und Integration ermöglicht - das haben wir in
470 Hannover erfolgreich vorgemacht - ganz ohne unangemessene Bargeldobergrenze.

471 Auch das EU-Recht legt fest, dass eine Leistungskürzung bei Dublin-Fällen in
472 Deutschland nur dann erfolgen darf, wenn es den betroffenen Personen tatsächlich
473 und rechtlich möglich ist, in einen anderen zuständigen EU-Mitgliedstaat zu
474 gelangen und dort auch faktisch Zugang zu Leistungen besteht. Es muss immer
475 sichergestellt werden, dass keine Kürzung unter das Existenzminimum erfolgt.
476 "Bett, Brot, Seife" ist für uns keine Leitlinie. Stattdessen wollen wir die
477 Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts durchsetzen: Jeder Mensch hat ein
478 Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums. Die
479 Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren.

480 Unser Ziel ist es, mehr Planbarkeit für die Kommunen zu schaffen. Wir setzen uns
481 für rechtssichere, möglichst zügige und faire Verfahren ein, um damit Klarheit
482 für Betroffene und Kommunen zu schaffen - unabhängig davon, aus welcher Region
483 die Antragstellenden kommen. In der Bundesregierung haben wir uns für eine
484 bessere Arbeitsmarktintegration und langfristige Bleibeperspektiven für
485 berufstätige Schutzsuchende eingesetzt: Wir haben die Möglichkeit eines
486 Spurwechsels für Geduldete aus der Asyl- in die Erwerbsmigration geschaffen und
487 mit dem Chancenaufenthaltsgesetz sowie dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz einen
488 Paradigmenwechsel eingeleitet. Wir haben die Beschäftigungsduldung deutlich
489 erweitert, Arbeitsverbote gelockert und eine Genehmigungsfiktion bei
490 Beschäftigungserlaubnissen auf den Weg gebracht, um die Verfahren stark zu
491 beschleunigen. Damit sind wir bereits wichtige Schritte gegangen. Wir wollen,
492 dass Arbeitsverbote abgeschafft werden. Wer arbeiten kann, soll arbeiten dürfen.
493 Außerdem soll
494 im Aufenthaltsrecht verankert werden, dass all jene, die hier arbeiten, eine
495 Ausbildung machen oder studieren, eine langfristige Bleibeperspektive bekommen,
496 statt abgeschoben zu werden. Damit schaffen wir Kapazitäten in den
497 Ausländerbehörden, damit Rückführungen nicht die Falschen treffen. Es reicht
498 nicht, Menschen Schutz zu bieten. Wir müssen Perspektiven und Teilhabe
499 ermöglichen, damit Geflüchtete Teil der Gesellschaft werden und werden können -
500 bis hin zur Staatsbürgerschaft. Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht
501 entzogen werden.

502 **6. Säule: Rechtsstaat durchsetzen, in allen** 503 **Bereichen**

504 Das Asylrecht, die Grund- und Menschenrechte zu verteidigen, bedeutet im
505 Kern, geltendes Recht durchzusetzen und Menschen Zugang zu diesem Recht
506 zu ermöglichen. Das gilt an den Außengrenzen, in anderen EU-Staaten, es gilt
507 aber eben auch in Deutschland. Auf europäischer Ebene halten sich verschiedene
508 EU-
509 Mitgliedsstaaten nicht an geltendes EU-Recht. Statt der
510 vorgeschriebenen Durchführung rechtsstaatlicher Verfahren und rechtsstaatlicher
511 Kontrolle der Außengrenzen werden tausendfach Pushbacks durchgeführt. Statt
512 Asylsuchenden ordentliche Perspektiven zu bieten, sorgen unwürdige Bedingungen
513 dafür, dass Menschen in Länder wie Deutschland, Frankreich oder Österreich
514 weiterziehen müssen. Das darf nicht länger hingenommen werden. Die EU-Kommission
515 unter Ursula von der Leyen ist hier seit Jahren untätig, obwohl sie als Hüterin
516 der Verträge für die Durchsetzung des Rechts verantwortlich ist.
517 Vertragsverletzungsverfahren zur Durchsetzung des Rechts werden allzu oft nicht
518 angestoßen, obwohl Rechtsbrüche offensichtlich sind. Deswegen sollte bei

519 fortlaufender Untätigkeit der EU-Kommission die Bundesregierung selbst ihre
520 Möglichkeit nutzen, Vertragsverletzungsverfahren anzustoßen.
521 Das würde dazu beitragen, dass Geflüchtete überall in Europa Perspektiven haben
522 und sich die Verteilung verbessert.

523 Geltendes Recht umfasst aber eben auch, dass nicht jeder, der nach Deutschland
524 kommt, bleiben kann. Wer nach individueller Prüfung auf asyl- und
525 aufenthaltsrechtliche Voraussetzungen sowie nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel
526 kein Aufenthaltsrecht erhalten hat und bei dem keine Abschiebungshindernisse
527 entgegenstehen, muss zügig wieder ausreisen. Hier stehen wir zum Vorrang der
528 freiwilligen Ausreise. Die Rückkehrberatung sollte gestärkt und von pädagogisch
529 geschultem Personal durchgeführt werden. Denn wer ohne eine Perspektive oder
530 Idee der eigenen Zukunft anderswo abgeschoben wird, ist schneller wieder da, als
531 viele denken. Kettenabschiebungen dürfen nicht dazu führen, dass Asylsuchende
532 ohne Prüfung ihres Schutzgesuches in Staaten außerhalb der EU abgeschoben
533 werden.

534 Für uns ist klar, dass Menschen nicht in Staaten abgeschoben werden dürfen, bei
535 denen menschenrechtliche oder völkerrechtliche Gründe entgegenstehen. Dabei muss
536 sichergestellt sein, dass diese Staaten rechtsstaatliche Prinzipien im Umgang
537 mit Geflüchteten respektieren. Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete
538 verbieten sich. Eine Rückführung darf nur stattfinden, wenn Widersprüche von
539 Gerichten überprüft wurden. Damit sollen auch rechtswidrige Abschiebungen
540 verhindert werden. Wir wollen Schutz vor Unrechtsregimen wie in Syrien oder den
541 Taliban in Afghanistan bieten und sie nicht durch Rückführungsvereinbarungen
542 politisch legitimieren.

543

544 Doch besonders bei Menschen, die schwere Straftaten begangen haben oder
545 Gefährder sind, muss der Rechtsstaat durchgreifen. Ausreisepflichtige, die
546 schwere Straftaten begangen haben, müssen nach Verbüßung ihrer Strafe prioritär
547 zurückgeführt werden. Unser Rechtsstaat muss alle Möglichkeiten ausschöpfen, um
548 zu verhindern, dass Menschen hier und anderswo gefährdet werden.

Beschluss (vorläufig) Grüne Strukturen auf dem Land stärken

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2024
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

Antragstext

1 Bereits der Name unserer Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht für zwei wichtige
2 Grundsätze: Eine starke Ausrichtung auf Bündnisarbeit und Solidarität sowie das
3 Bekenntnis zu unserem geeinten Deutschland. Wir haben uns zur Aufgabe gemacht,
4 trotz großer Unterschiede zwischen urbanen und ländlichen Räumen gleichwertige
5 Lebensverhältnisse zu schaffen, oder wie es die Bundestagsfraktion formuliert:
6 „Wir wollen die zunehmende Kluft zwischen Stadt und Land überwinden und die
7 strukturellen Unterschiede zwischen den Regionen abbauen.“ Diesen Satz wollen
8 wir mit Leben füllen.

9 Strukturell und konzeptionell verteilt sich unsere Partei heute sehr
10 unterschiedlich. Sie hat teils sehr starke Regionen und Wahlergebnisse, viele
11 Neueintritte in wirtschaftsstarken Regionen und großen Städten. Dem gegenüber
12 stehen in den ländlichen Räumen oft ehrenamtliche Einzelkämpfer*innen, die
13 vermehrt Angriffen und Beleidigungen ausgesetzt sind. Es braucht daher auch mehr
14 hauptamtliche Unterstützung und Strategien, um unsere Mitglieder zu stärken in
15 ihrem Engagement für eine offene Demokratie. Besonders nach den letzten
16 Kommunalwahlen und den Landtagswahlen in den neuen Bundesländern mit einem
17 teils

18 dramatischen Rückgang der bündnisgrünen Wahlergebnisse müssen wir uns als
19 Gesamtpartei der Frage stellen, wie wir in den kommenden Jahren an einer
20 Verbesserung unserer Präsenz und Wirkkraft überall im Land arbeiten.

21 Als solidarische und kämpferische Partei, die wir sind, müssen wir uns
22 unterhaken und die Sichtbarkeit für GRÜN auch in ländlichen Räumen verbessern
23 und gewährleisten. Die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft gelingt
24 nur gemeinsam. Um unsere Zukunft erfolgreich zu gestalten, setzen wir uns dafür
25 ein, dass ländliche und urbane Räume nicht als Gegensätze, sondern als
26 gegenseitige Ergänzungen verstanden werden. Damit dieses Miteinander gelingt,
27 bieten wir uns als der politische Partner für alle Menschen an – in Stadt und
28 Land.

29 Gerade außerhalb von Wahlkämpfen bedeutet dies konkret:

- 30 1. die Lebenswirklichkeit ländlicher Regionen und ihre Unterschiede zu
31 städtischen Regionen anerkennen und programmatisch berücksichtigen;
- 32 2. Kampagnen zielgruppenspezifisch auf diese Bedürfnisse ausrichten;
- 33 3. Orts- und Kreisverbände aus ländlichen Regionen organisatorisch,
34 finanziell und personell gezielt stärken.

35 Zu 1: Die programmatischen Angebote bündnisgrüner Politik müssen ländliche
36 Regionen in allen Politikfeldern stärker mitdenken. Dies gilt unter anderem für
37 die Energie- und Wärmewende, für den Ausbau der (digitalen) Infrastruktur sowie

37 für die Verkehrs- und Mobilitätspolitik. Das tun unsere kommunalen Fraktionen
38 überall im Land. Gerade in den ländlichen Räumen entscheidet sich, ob wir die
39 Herausforderungen unserer Zeit meistern, den Zusammenhalt stärken und für alle
40 Menschen gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen. Um hier realistische
41 Angebote für die hier lebende Bevölkerung zu machen, gilt es auch die
42 Bedürfnisse und Rechte von Minderheiten zu berücksichtigen - denn beispielsweise
43 leben auf dem Land 20% der Menschen mit einer Behinderung. Mit Blick auf den
44 demografischen Wandel sind unter anderem notwendige Reformen der
45 Krankenhauslandschaft und Projekte der medizinischen Versorgung dringend
46 umzusetzen. Auf dem Land und besonders in Ostdeutschland leben jetzt schon
47 proportional mehr Ältere. Auch für Menschen mit Behinderungen fehlt oftmals der
48 Zugang zu Mobilität oder Gesundheitsversorgung. Diese Perspektiven wollen wir
49 bei der Formulierung unserer programmatischen Ziele einbeziehen, indem wir die
50 unterschiedlichen Bedarfe in Stadt und Land gleichberechtigt berücksichtigen.

51 Zu 2. Aktionen und Kampagnen müssen die ländlichen Regionen ganzjährig und auch
52 außerhalb der Wahlkampfsaison im Blick haben und sich stärker an deren
53 Bedürfnissen orientieren. Um den unterschiedlichen Bedarfen der vielfältigen
54 Regionen gerecht zu werden, müssen wir die Strukturen unserer Partei nachhaltig
55 stärken. Grundlage hierfür ist unser Selbstverständnis als Bündnispartei und
56 eine Politik auf Augenhöhe, die auf Zuhören und einen offenen Dialog mit den
57 Menschen setzt. Zugleich wollen wir viel selbstbewusster Erfolge und Chancen
58 grüner Politik im ländlichen Raum kommunizieren, etwa bei der Energiewende,
59 lokaler Wertschöpfung oder im Natur- und Artenschutz. Nur so können wir
60 verstehen, welche Themen die Menschen bewegen und mit ihnen ins Gespräch
kommen.

61 Gesprächsangebote und der Aufbau von Netzwerken schaffen Vertrauen in unsere
62 Arbeit vor Ort. Die Kampagnen müssen diese Ziele unterstützen. Gleichzeitig
63 braucht es die Präsenz in der Fläche. Tagungen und Veranstaltungen der
64 Bundespartei und der Landesverbände sollen verstärkt in ländlichen Räumen
65 stattfinden bzw. in diese hineinwirken. Zudem sollen offizielle Termine von
66 Amts- und Mandatsträger*innen rechtzeitig an die Mitglieder vor Ort kommuniziert
67 und nach Möglichkeit bei den Besuchen auch Veranstaltungen mit den Menschen vor
68 Ort geplant werden.

69
70 Den Mitgliedern, die hier unter teils prekären Bedingungen und in einem
71 aufgeheizten Diskussionsklima für unsere Politik eintreten, müssen wir
72 verlässlich und kräftig unter die Arme greifen und in eine gute und gleichmäßige
73 Arbeit aller Parteiorgane investieren. Dafür braucht es einen neuen Aufbruch und
74 das Bekenntnis der ganzen Partei, solidarisch nach innen zu unterstützen, um
75 überall vor Ort solidarisch nach außen wirken zu können. Die Schulung von
76 Mitgliedern im Umgang mit anti-grünen Narrativen, Hass und Gewalt wollen wir
77 ausbauen.

78 Zu 3. Die Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Regionen zeigen sich
79 auch in den organisatorischen, finanziellen und personellen Möglichkeiten der
80 Orts- und Kreisverbände. Um die ländlichen Regionen in den Fokus bündnisgrüner
81 Politik zu stellen, müssen die bündnisgrünen Strukturen in diesen Regionen
82 deutlich gestärkt werden. Daher müssen wir in gemeinsamer Verantwortung im
83 ganzen Bundesgebiet eine sichere Basis für unsere politische Arbeit vor Ort
84 stellen. Grundlage einer wirksamen und nachhaltigen politischen Arbeit ist die
85 Schaffung von mehr hauptamtlichen Stellen, die die Orts- und Kreisverbände,

86 insbesondere die ohne Fraktionen, Geschäftsführung oder Mandatsträger*innen,
87 unterstützen oder direkt vor Ort angesiedelt werden könnten.

88

89 Hohe Kosten für Mobilität sowie fehlende Barrierefreiheit dürfen keine Hürde für
90 die politische Teilhabe sein. Alle Interessierten sollen in unserer Partei
91 wirksam werden können. Darüber hinaus wollen wir die politische Teilhabe von
92 Menschen mit Vielfaltsmertkmalen auch in ländlichen Flächenkreisen weiter
93 unterstützen. Zusätzlich braucht es konsequente Professionalisierung und die
94 Übernahme von spezifischen Aufgaben durch die Landesverbände: Bei Buchhaltung,
95 Webseite, Materialorganisation und -verbreitung usw., damit sich die
96 Kreisgeschäftsstellen auf die Kommunikation mit den Wähler*innen und den
97 Mitgliedern konzentrieren können. Für eine gute Öffentlichkeits- und
98 Medienarbeit, insbesondere Social Media, braucht es Unterstützung aus der
99 Partei, um Reichweite und Wirkung zu stärken.

100 **Zur Stärkung der bündnisgrünen Arbeit sollen daher:**

101 a) Die Stärkung grüner Strukturen in ländlichen Räumen hat eine große Bedeutung
102 für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Im Zuge der aktuellen Haushaltsplanung unterstützen
103 der Bundesverband und die Landesverbände gemeinschaftlich die Einführung
104 regionaler Wahlkampfmanager*innen zur Stärkung der Wahlkampfaktivitäten der
105 Kreisverbände in strukturschwachen Landesverbänden. Die Wahlkampfmanager*innen
106 sollen für die politische Arbeit der Kreisverbände zur Verfügung stehen. Dazu
107 werden für 2024/25 400.000 € aus dem Solifonds verwendet.

108 Zudem unterstützt der Bundesverband den Wahlkampf vor Ort durch eine
109 unkomplizierte Subventionierung für das Aufstellen von Werbegroßflächen im
110 Bundestagswahlkampf mit bis zu 1 Million €. Bei dieser Subventionierung werden
111 Kreisverbände in strukturschwachen Regionen gezielt dem Solidargedanken
112 entsprechend stärker bezuschusst. Das verringert den finanziellen Druck auf
113 diese Kreisverbände sofort und wirksam.

114 Um grüne Strukturen für die Zukunft zu sichern, weiterzuentwickeln und
115 perspektivisch zu verbessern soll der Bundesverband Vereinbarungen mit den
116 Landesverbänden mit strukturschwachen Kreisverbänden treffen. Der dafür zur
117 Verfügung stehende Strukturfonds muss mit den dafür nötigen Mitteln ausgestattet
118 sein. Der Bundesfinanzrat prüft, ob es die Haushaltslage erlaubt, im
119 Wahlkampfbudget weitere Mittel für die Unterstützung strukturschwacher
120 Kreisverbände bereit zu stellen. Kurzfristig sind mit den Landesverbänden
121 Brandenburg und Thüringen Vereinbarungen zu treffen, welche über ein
122 Sonderbudget zur Stabilisierung grüner Strukturen eine Unterstützung in Höhe von
123 weiteren insgesamt 100.000 Euro festlegt.

124 Im Hinblick auf die kommenden Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und
125 Sachsen-Anhalt wird der Bundesverband gemeinsam mit den Landesverbänden eine
126 Entwicklung und Stärkung der Kreisverbände unterstützen und dazu konkrete
127 Vorschläge erarbeiten. Die gegenseitige Unterstützung stärkerer und schwächerer
128 Kreisverbände unterstützt der Bundesverband durch organisatorische und
129 konzeptionelle Maßnahmen. Diese Maßnahmen sollen ausgebaut und verstetigt
130 werden.

131 b) Der Bundesfinanzrat wird gebeten, einen für den Bundeshaushalt 2027 wirksamen
132 Vorschlag einer neuen solidarischen Finanzierung der Parteistrukturen von
133 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu unterbreiten, um den Herausforderungen einer

wachsenden

134 Partei zu begegnen und um die Grundlagen für eine flächendeckende
135 Professionalisierung zu schaffen. Dabei sollen die sehr unterschiedlichen
136 Strukturen und Ausgangsvoraussetzungen der Gliederungen besondere Beachtung
137 finden. Dafür muss in einem ersten Schritt geklärt werden, welche Aufgaben die
138 jeweiligen Gliederungen möglichst effizient übernehmen können. Im Anschluss wird
139 ausgehend von diesen Aufgabenzuschnitten und Rahmenbedingungen ein
140 Finanzierungsmodell erarbeitet. Die Aufgabenklärung soll dem Bundesvorstand und
141 dem Parteirat Anfang 2026 vorgestellt werden.

Beschluss (vorläufig) Für mehr Gerechtigkeit und Effizienz:
Erbchaftsteuer reformieren

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2024
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

Antragstext

1 Die Erwerbsarbeit und die Konsumausgaben in Deutschland werden stark besteuert,
2 während kaum Erbschaft- und Schenkungsteuer auf die riesigen privaten Vermögen
3 in Deutschland entrichtet werden. Das effektive Steueraufkommen liegt nur bei 1
4 bis 3 Prozent der jährlich übertragenen 250 bis 400 Mrd. EUR. Unter anderem
5 dadurch geht die Vermögensschere seit Jahrzehnten immer weiter auf, sodass
6 Deutschland heute die ungleichste Vermögensverteilung in Europa aufweist. Wir
7 sind zu einer „Erbengesellschaft“ geworden, in der über 50 Prozent des Vermögens
8 aus Erbe stammt.

9
10 Vermögen in Deutschland sind sehr ungleich verteilt: Die reichsten 1% in
11 Deutschland haben insgesamt mehr Vermögen als 90% der restlichen Menschen in
12 Deutschland. In fast keinem anderen Land der EU ist die Vermögenskonzentration
13 so stark. Und obwohl die Erbschaftsteuer von den vorgesehenen Steuersätzen
14 progressiv ist, das heißt, hohe Vermögen eigentlich mehr besteuern soll als
15 mittlere: Sehr hohe Vermögen (bei über 26 Millionen) können durch Ausnahmen
16 heute oft sogar komplett steuerfrei vererbt werden, während mittlere Erbschaften
17 verhältnismäßig stärker belastet werden. Ebenfalls wichtig: Kleinere
18 Erbschaften, und das sind die meisten, sind heute über Freibeträge von der
19 Erbschaft- und Schenkungsteuer befreit – was wir befürworten und sogar stärken
20 würden, sofern es gelingt, die Steuerlücken am ganz oberen Ende zu schließen.
21 Die heutigen Ausnahmen für sehr große Erbschaften tragen zur Ungleichheit bei
22 und untergraben das Prinzip der Chancengerechtigkeit.

23 Wir wollen mit einer grünen Erbschaft- und Schenkungsteuerreform die
24 gravierenden Gerechtigkeitslücken im vorhandenen System schließen und so höhere
25 Einnahmen erzielen. Hierbei soll die Besteuerung sehr großer Vermögen im Fokus
26 liegen, sodass Vermögen zukünftig in relevantem Maße zur Staatsfinanzierung
27 beitragen.

28 Wesentliche Eckpunkte der Reform sind:

- 29 • **Gleicher großzügiger Lebensfreibetrag für alle:** Die vielen
30 unterschiedlichen Freibeträge sollen durch einen einheitlichen,
31 erwerberbezogenen Lebensfreibetrag pro Person ersetzt werden. Die finale
32 Festlegung des Freibetrags ist noch offen und wird zeitnah auf eine
33 wissenschaftlich fundierte Basis gestellt. Eine Inflationskopplung des
34 Betrags ist ebenfalls denkbar. Durch die Etablierung eines
35 Lebensfreibetrags soll die Besteuerung nur die höchsten Erbschaften
36 betreffen. Selbstgenutzter Wohnraum soll auch weiterhin geschützt sein.
- 37 • **Steuersatz:** Die gesetzlichen Steuersätze haben heute mit den effektiven
38 Steuerbelastungen kaum noch etwas zu tun. Daher muss bei den Steuersätzen
39 etwas geändert werden, damit diese Anwendung finden und funktionieren.

40 Oberhalb des Freibetrags könnte z.B. ein linearer Steuersatz von etwa 25 %
41 für alle Vermögensgegenstände gleichermaßen gelten (Immobilien,
42 Betriebsvermögen, Aktien, etc.). Hierdurch käme es zu einer indirekten
43 Progression, d.h. je weniger eine Erbin oder ein Erbe den Freibetrag
44 überschreitet, umso geringer ist auch der durchschnittliche Steuersatz.
45 Die genaue Höhe des Steuersatzes soll dabei so gewählt werden, dass die
46 Belastung für die Erwerber tragbar bleibt und die Steuer dennoch effektiv
47 zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben beiträgt.

- 48 • **Weniger Ausnahmen:** Die vielen, teilweise zur kompletten Steuerbefreiung
49 führenden Verschonungsregelungen und Ausnahmen sollen entfallen (außer §
50 13 ErbStG, der u.a. den Schutz von Familienheimen und von Zuwendungen für
51 die Ausbildung regelt), insbesondere sollen die Regelungen zur Ausnahme
52 von Betriebsvermögen von der Erbschaftsteuer abgeschafft werden. Die
53 Besteuerung darf real nicht wie heute regressiv sein.
- 54 • **Arbeitsplätze schützen:** Die Herausforderungen bei der Vererbung von
55 Betriebsvermögen sind uns bewusst. Um Unternehmen und Arbeitsplätze nicht
56 durch Liquiditätsengpässe zu gefährden, sollen großzügige, langjährige
57 Stundungsregelungsmöglichkeiten eingeführt werden, die Unternehmen die
58 Rückzahlung der Steuer dann ermöglichen, wenn sie diese aus ihrer
59 Liquidität heraus auch leisten können. Die Steuer kann unabhängig von der
60 Art des übertragenen Vermögens längerfristig gestundet und während des
61 Stundungszeitraumes in jährlichen Raten beglichen werden. Das schafft
62 Steuergerechtigkeit, sichert zugleich Arbeitsplätze und lässt Raum für
63 Investitionen.

64 Mit dieser **Erbschaftsteuerreform** leisten Bündnis 90/Die Grünen einen wichtigen
65 Beitrag für eine zukunfts- und leistungsfähige sowie gerechtere Gesellschaft.
66 Dieses Konzept soll zudem im Bundestagswahlprogramm 2025 verankert werden.

67
68 Um noch offene Punkte und weitere Details dieser Erbschaftsteuerreform zu
69 vertiefen, wird der Bundesvorstand in Zusammenarbeit mit der
70 Bundesarbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Finanzen und der Bundestagsfraktion
71 beauftragt, zu einem wissenschaftsbasierten Fachgespräch einzuladen.

Beschluss (vorläufig) Schengen retten: Schlagbäume in Europa in die
Geschichtsbücher verbannen

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2024
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

Antragstext

1 Seit 16. September hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser an allen
2 bundesdeutschen Grenzen stationäre Grenzkontrollen veranlasst. Sie wurden mit
3 den Terroranschlägen von Mannheim und Solingen und der Asylantragslage
4 begründet. Bundeskanzler Olaf Scholz bezeichnete diese Maßnahme als „kleinen
5 Baustein einer ganz großen Mauer“. Ein vielsagender Satz, den er später
6 zurücknahm.

7 Wir stehen zu der Verantwortung, sicherheitspolitische Antworten auf Bedrohungen
8 wie islamistische Terroranschläge oder grenzüberschreitende Kriminalität zu
9 finden. Die politischen Antworten müssen jedoch wirksam, angemessen und
10 rechtskonform sein. Dazu zählen eine bessere Ausstattung von Sicherheitsbehörden
11 und verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit ebenso, wie das Vorgehen
12 gegen Radikalisierung - auch im Netz.

13 Durch die dauerhafte Wiedereinführung stationärer Grenzkontrollen aber droht
14 nachhaltiger Schaden für die europäische Freizügigkeit. Deswegen setzen wir uns
15 gegen diese Entwicklung ein. Stationäre Binnengrenzkontrollen dürfen kein
16 Dauerzustand werden.

17 Das Streben nach einem geeinten Europa der Freizügigkeit und gelebten
18 Nachbarschaft ist die Grundlage für Wohlstand und Frieden in unserem Land. Es
19 ist das, wofür wir mit ganzer Kraft einstehen, denn es zählt zu den Grundfesten
20 unserer bündnisgrünen Politik und Überzeugung. Gerade in Deutschland, im Herzen
21 Europas, ist das Miteinander mit unseren Nachbarn Alltagsrealität der Menschen -
22 besonders in den Grenzregionen. Der offene, europäische Binnenmarkt ist ein
23 Grundpfeiler unserer Wirtschaft. Dass sich Menschen ganz selbstverständlich
24 grenzübergreifend bewegen können, um zur Arbeit zu gehen, einzukaufen oder
25 Freunde zu treffen, ist die Errungenschaft eines jahrzehntelangen europäischen
26 Einigungsprozesses.

27 Wir wollen nicht dabei zuschauen, wenn Stück für Stück die Steine aus dem
28 Fundament von Wohlstand und Freiheit gerissen werden.

29 Wir kritisieren, dass die Bundesinnenministerin ohne Absprache mit den EU-
30 Partnern oder der EU Kommission zu solchen Maßnahmen gegriffen hat. Oft wird
31 fälschlicherweise behauptet, dass durch stationäre Binnengrenzkontrollen die
32 Asylantragstellung verhindert werden kann.

33 Fakt ist, dass Asylsuchende durch Grenzkontrollen gar nicht abgehalten werden
34 und werden dürfen. An jeder Grenzkontrolle kann Asyl beantragt werden. Das ist
35 eine völkerrechtliche Pflicht und gehört zu den Grundlagen eines Rechtsstaats
36 und des Europarechts. Das Nichtzurückweisungsgebot gilt immer und überall und
37 ist unverletzlich. Doch zu viele politische Akteure wecken falsche Erwartungen
38 in der Bevölkerung, statt zu erklären und realistische Maßnahmen vorzuschlagen.

39 Gleichzeitig sind von solchen Grenzkontrollen besonders migrantisch gelesene
40 Personen betroffen. Dabei ist Racial Profiling rechtswidrig und diskriminierend,
41 weshalb wir uns dem entgegenstellen - an den Grenzen und im ganzen Land.
42 Außerdem setzen wir uns politisch für Fortbildung und Maßnahmen wie Ticket-
43 Systeme ein, um Gründe für Kontrollen nachvollziehen zu können.

44 Wir lehnen dauerhafte stationäre Grenzkontrollen an EU-Binnengrenzen ab. Sie
45 schränken nicht nur die Freizügigkeit, sondern das Miteinander und den Alltag
46 der Menschen in den Grenzregionen ein. Wir teilen die Sorge von Unternehmen um
47 wirtschaftliche Nachteile und erhebliche Kosten durch Verzögerungen in der
48 Lieferkette. Die Gewerkschaft der Polizei weist zurecht immer wieder darauf hin,
49 dass die stationären Grenzkontrollen massiv zu Lasten der eingesetzten
50 Beamt*innen gehen und diese letztlich eine geringe Wirkung haben. Gleichzeitig
51 fehlen die an den Grenzen eingesetzten Polizeibeamt*innen an anderer Stelle, wie
52 zum Beispiel an Bahnhöfen. Wenn Polizeibeamte in ineffektiven Maßnahmen gebunden
53 sind, statt effektiv eingesetzt zu werden, verschlechtern stationäre
54 Grenzkontrollen die Sicherheitslage in Deutschland.

55 Innereuropäische Grenzkontrollen sind nur in besonderen Ausnahmefällen
56 europarechtskonform und aus gutem Grund immer zeitlich begrenzt. Dauerhafte,
57 stationäre Grenzkontrollen bergen die Gefahr eines Dominoeffekts in Europa und
58 damit einer Erosion des Schengenraums und des Europarechts. Stattdessen sollte
59 auf alternative Maßnahmen wie mobile Kontrollen im Hinterland oder eine bessere
60 grenzüberschreitende Zusammenarbeit, zum Beispiel über die gemeinsamen Zentren
61 der Polizei in den Grenzregionen, gesetzt werden. Zeitlich begrenzte Kontrollen,
62 zum Beispiel im Rahmen von Sportgroßereignissen, können zudem wirksam sein, etwa
63 um Gewalttäter zu identifizieren.

64 Durch eine engere Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaften und
65 Nachrichtendiensten wollen wir unter Wahrung des Trennungsgebots eine starke
66 europäische Antwort auf die grenzüberschreitenden Bedrohungen durch Kriminalität
67 und Terrorismus geben. Wir Grünen schlagen deshalb beispielsweise die Gründung
68 einer Europäischen Nachrichtendienstagentur vor und die von uns seit Jahren
69 geforderte europäische Gefährderdatei darf nicht weiter verzögert werden.

70 Sicherheitspolitische Maßnahmen müssen immer sorgfältig abgewogen werden.
71 Menschen- und Bürgerrechten sind ein hohes Gut und müssen geschützt werden.
72 Sicherheitspolitische Maßnahmen sollten möglichst auch präventiv wirken -
73 Vorsorge ist besser als Nachsorge.

74 Ein gemeinsamer Raum der Freizügigkeit und ohne Binnengrenzen braucht
75 kontrollierte Außengrenzen. Es wäre deswegen an der Zeit, endlich den Druck auf
76 diejenigen Mitgliedsstaaten zu erhöhen, die Geflüchtete nicht systematisch
77 rechtsstaatlich kontrollieren. Es ist unerträglich, dass einige EU-Staaten
78 inzwischen systematisch auf illegale Pushbacks und Gewalt setzen.
79 Europarecht muss immer und überall gelten. Die zuständigen Mitgliedsstaaten sind
80 zu einer systematischen und rechtsstaatlichen Registrierung der Schutzsuchenden
81 verpflichtet, die nach rechtsstaatlichen und menschenwürdigen Regeln zu
82 garantieren sind. Eine Verteilung in Europa muss nach gerechten Kriterien
83 erfüllt sein. Dass Zurückweisungen von Schutzsuchenden an der Grenze nun auch in
84 Deutschland diskutiert werden, ist der völlig falsche Weg. Rechtsbrüche durch
85 EU-Staaten führen eben nicht zu einem besser organisierten Asylsystem, sondern

86 zu Chaos und Leid. Es ist nicht hinnehmbar, dass an Europas Grenzen permanent
87 europäische Werte und europäisches Recht verletzt werden.

88 Das wollen wir beenden. Vertragsverletzungsverfahren würden dazu beitragen,
89 diesen Druck zu erhöhen und Rechtsbrüche der EU-Staaten zu sanktionieren.
90 Europäische Zusammenarbeit bedeutet aber auch, dass eine solidarische
91 innereuropäische Verteilung von Geflüchteten und Verantwortung sichergestellt
92 wird. Deswegen ist es wichtig, dass auch die Bundesregierung sich an der
93 solidarischen Verteilung beteiligt. Das Ziel muss eine gerechte Verteilung von
94 Schutzsuchenden in Europa sein.

95 Es muss einfacher werden, nationale Behörden oder EU-Agenturen wie Frontex für
96 Rechtsverstöße zur Rechenschaft zu ziehen, beispielsweise durch eine eigene
97 Haftungsgrundlage. Opfer solcher Rechtsverstöße, insbesondere an den
98 Außengrenzen, brauchen juristische Unterstützung.

99 Der Vorschlag von Friedrich Merz, Menschen aus Syrien und Afghanistan
100 systematisch zurückzuweisen, ist europarechtswidrig. Statt echte Lösungen für
101 die Herausforderungen bei der Aufnahme und Versorgung Asylsuchender zu suchen
102 und diese umzusetzen, werden immer steilere Forderungen aufgestellt, die
103 liberale Demokratien schnell gar nicht mehr erfüllen können. Damit treibt die
104 Debatte Erwartungen voran, die nur die Feinde der Demokratie einlösen können.

105 Die Union gefährdet damit auch ihr eigenes europapolitisches Erbe. Wir Grüne
106 machen dagegen Politik in Verantwortung für Europa!